

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 z., vierteljährlich 13.16 z., mit Zustellgeld 4.80 z., bei Postbezug monatl. 5.39 z., vierteljährlich 16.16 z., Unter Streifenband in Polen monatl. 8 z., Danzig 3 G., Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr., Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 gr., die einpaltige Reflamezeile 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Pa. B., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Blattrücksendung u. schwierigerem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen. Postfachkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 256.

Bromberg, Dienstag den 8. November 1932.

56. Jahrg.

Das Ergebnis der Reichstagswahlen. Keine wesentliche Änderung. — Keine Regierungsmehrheit.

Berlin, 7. November (Eigene Meldung). Gestern wurde der 7. Reichstag nach der republikanischen Verfassung des Deutschen Reichs gewählt. Von etwa 44½ Millionen Wahlberechtigten gaben 35 379 011 oder rund 79% ihre Stimme ab. Bei den vorhergehenden Reichstagswahlen waren ¼ Million Wahlberechtigte weniger vorhanden; bei einer stärkeren Wahlbeteiligung von 36 845 279 Stimmen oder 84% haben aber damals gegenüber den gestrigen Wahlen 1 466 268 Wähler mehr von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht.

Die Zahl der Mandate ist von 608 auf 582 zurückgegangen. Die absolute Mehrheit im neuen Reichstag beträgt 292 Stimmen. Bei den gegenwärtigen Beziehungen zwischen den Parteien ist keine Regierungsmehrheit, wohl aber eine starke Mehrheit für einen Mißtrauensantrag gegen die heute autoritär regierende Reichsregierung festzustellen. Auch die im alten Reichstag wenigstens theoretisch denkbare Regierungsmehrheit zwischen Nationalsozialisten, Zentrum und Bayerischer Volkspartei ist jetzt nur mit Hilfe der Deutschnationalen (und der ihnen nahestehenden Deutschen Volkspartei) zu erreichen. Solange eine solche Mehrheit wegen der bestehenden Partei-Gegensätze nicht zustande kommt, ist der neue Reichstag regierungs- und arbeitsunfähig. Deshalb kann mit seiner baldigen Auflösung gerechnet werden.

Das vorläufige amtliche Wahlergebnis, das heute früh um 3 Uhr verkündet wurde und in der nachstehenden Tabelle zu den Ergebnissen der beiden letzten Reichstagswahlen in Vergleich gesetzt wurde, ergibt folgendes Bild:

Parteien	Stimmen am			Mandate			Prozente		
	6. Nov. 1932	31. Juli 1932	14. Sept. 1930	6. XI. 32	31. VII. 32	14. IX. 30	6. XI. 32	31. VII. 32	14. IX. 30
Nationalsozialisten	11 705 256	13 732 779	6 409 610	195	230	107	33,2	37,3	18,3
Sozialdemokraten	7 231 404	7 951 245	8 577 738	121	133	143	20,7	21,6	24,5
Kommunisten	5 970 833	5 278 094	4 592 090	100	89	77	17,0	14,3	13,1
Zentrum	4 228 322	4 586 501	4 127 910	69	75	68	11,9	12,5	11,8
Deutschnationale	3 061 626	2 172 941	2 458 246	51	38	41	8,0	5,9	7,0
Bayerische Volkspartei	1 081 595	1 190 453	1 059 141	19	22	19	3,1	3,2	3,0
Deutsche Volkspartei	659 703	434 548	1 578 236	11	7	30	1,8	1,2	4,7
Christlich-Soziale	412 523	364 749	870 140	5	3	14	1,2	1,0	2,5
Staatspartei	337 871	371 378	1 322 345	2	4	14	0,9	1,0	3,8
Deutsche Bauernpartei	148 982	137 081	339 567	2	2	6			
Wirtschaftspartei	110 117	146 061	1 362 358	2	2	23			
Württemberg. Bauern- und Weingärtner-Bund	105 188	96 859	1 108 674	2	—	19	2,2	2,0	11,3
Deutsches Landvolk	46 486	91 284							
Deutsch-Hannoveraner	63 999	46 873	104 286	1	—	3			
Thüringer Landbund	60 065	96 859	193 981	1	2	3			
Außerdem	155 041	147 574	866 540	—	—	10			
Insgesamt	35 379 011	36 845 279	34 970 857	582	608	577	100	100	100

Anmerkung: Für ein Mandat sind 60 000 Wählerstimmen erforderlich; doch werden für die Reststimmen auf der Reichsliste nicht mehr Mandate in Anrechnung gebracht, als in den Bezirken gewählt wurden. So erklärt es sich, daß z. B. die Christlich-Sozialen nicht 6, sondern nur 5 Sitze erobern konnten. Das Deutsche Landvolk, dessen Stimmen an sich für einen Abgeordneten nicht ausreichen, behauptete seinen bisherigen Sitz nur durch Listenverbindung mit der Deutschen Bauernpartei. — Unter den kleinen Parteigruppen, die auch bei den Wahlen vom 6. November 1932 kein Mandat zu erringen vermochten, sind folgende zu erwähnen: Volksrechts-Partei 46 063 Stimmen, Sozialistische Arbeiter-Partei 45 036 Stimmen, Nationale Minderheiten 34 510 Stimmen und Sozialistisch-Republickanische Partei 8498 Stimmen.

Deutsche Pressestimmen.

Berlin, 7. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Montag-Morgenblätter beschäftigen sich in ausführlichen Kommentaren mit dem gestrigen Wahlergebnis. Der deutschnationale „Montag“, der zum Eugenberg-Konzern gehört, hält eine Veränderung zwischen der Regierung und dem neuen Reichstage grundsätzlich für möglich. Dies werde vor allem von den Nationalsozialisten abhängen, die sich dazu entschließen müßten, sich über eine politische Orientierung klar zu werden. Die charakteristische Tatsache wird in dem Blatte erwähnt, daß der Reichskanzler von Papen die letzte Nacht in der Wohnung des Reichswehrministers von Schleicher zugebracht und dort das Ergebnis der durch die Radiostationen veröffentlichten Wahlergebnisse abgehört hat. Der republikanische „Montag Morgen“ schreibt, daß mit dem Augenblick da die Regierung des Herrn von Papen sich auf der Suche nach einer breiteren parlamentarischen Basis den Ergebnissen der letzten Abstimmung anpassen wollte, auf der Bildfläche automatisch die Namen Hitler und Brüning erscheinen werden. „Berlin am Montag“ gibt der Überzeugung Ausdruck, daß Hitler den Vorschlag zum Eintritt in die Regierung ablehnen werde. Sofern es zu einer Verständigung zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten kommen sollte, werde das Zünglein an der Waage Eugenberg zufallen.

Berlin, 7. November. (Eigene Drahtmeldung.) Im Berliner nationalsozialistischen „Angriff“ schreibt Dr. Goebels über das Wahlergebnis u. a.: Wenn diese Wahl überhaupt einen Sinn haben konnte und wenn die Regierung sich nicht über jedes geschriebene und ungegeschriebene Gesetz der Volkshoheit hinwegsetzen will, dann muß Herr von Papen mit seinem Kabinett noch im Laufe des heutigen Tages seinen Rücktritt anmelden. Daß die

nationalsozialistische Bewegung eine gewisse Einbuße erleiden würde, das lag von vornherein klar zutage.

Sie mußte all die Elemente abstoßen, die zu ihr herübergewechselt waren, zumeist nicht, um mit ihr und durch sie jene entscheidende politische Umwälzung zu vollziehen, die unser Ziel und unsere geschichtliche Aufgabe ist. Wir sind entschlossen, trotz allem das Jahr 1932 noch zum Jahr der großen Entscheidung zu machen.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben u. a.: Parlamentarisch gesehen bedeutet das Wahlergebnis, daß die Möglichkeit einer Mehrheitseildung der Mitte und Rechten unter Ausschluß der Deutschnationalen nicht mehr bestehe. Es werde nötig sein, alsbald den Nationalsozialisten erneut die Frage nach der Teilnahme an der Verantwortung zu stellen. Wenn das Ergebnis aber eine nationalsozialistische Absage sein würde, dann würde man wohl über kurz oder lang zu einer neuen Reichstagswahl kommen. Nach dem Ergebnis der heutigen Wahl könnte die Reichsregierung einer solchen Entwicklung mit Gelassenheit entgegensehen. Die „Bayerische Volkszeitung“ schreibt: Die Wahl sei nicht Selbstzweck und diese Regierung werde nicht mehr lange zögern können, der Tatsache Rechnung zu tragen, daß ihre Vereinfachung sehr bedrohlich gewachsen sei. Herr von Papen habe in einer privaten Unterhaltung mit der abermaligen Auflösung des Reichstages gedroht. Wie die Dinge in Deutschland liegen, würde eine neue Auflösung des Reichstages eine neue Radikalisierung der Massen bringen.

Der von Hitler bereits abgelehnte Gedanke einer Umbildung des Kabinetts, das sich dann auf eine Verständigung mit Hitler stützen würde, lanciert die den liberalen Kreisen nahestehende „Allnische Zeitung“, indem sie schreibt: Um zur Bildung einer parlamentarischen Mehrheit zu gelangen, müßten sich die Rechtsparteien von den Nationalsozialisten bis zur Deutschen Volkspartei vereinigen. Sofern es sich

um eine gewöhnliche Mehrheit handelt, so ist sie auch jetzt vom Zentrum abhängig, von einer Partei also, die sich auch schon nach den letzten Wahlen damit einverstanden erklärt hatte, eine Regierung zu tolerieren, in der die Nationalsozialisten repräsentative Sitze erhalten hätten. Diese Bereitschaft werde das Zentrum wahrscheinlich auch weiterhin vertreten. Das politische Problem würde somit darin seinen Ausdruck finden, ob es gelingen werde, die Nationalsozialisten für eine entsprechende Arbeit in der Regierung zu gewinnen. Die „Allnische Volkszeitung“, das westdeutsche Zentrumsorgan, erklärt, Herr von Papen könne nicht länger verheimlichen, wie drohend seine Situation geworden sei.

Hitler lehnt jedes Verhandeln ab.

Seine Parole: Rücksichtslose Fortsetzung des Kampfes!

München, 7. November. (Eigene Drahtmeldung.) Adolf Hitler erläßt folgenden Aufruf:

„Nationalsozialisten, Nationalsozialistinnen, Parteigenossen!

Der schwerste Kampf in der Geschichte unserer Partei ist hinter uns. Ein gewaltiger Angriff gegen unsere Bewegung und die Rechte des deutschen Volkes ist abgefallen. Die Regierung von Papen hat trotz ungeheurer Versprechungen, trotz Anwendung aller ihr zur Verfügung stehenden Machtmittel, trotz des Einsatzes der größten Propagandamittel, fast der gesamten Presse und des Rundfunks, trotz Zeitungsaufgaben usw. eine vernichtende Niederlage erlitten. Die ihr verschriebene Deutschnationale Volkspartei und deren Anhang umfaßt keine 10 Prozent des deutschen Volkes. 90 Prozent lehnen ab. Für uns ist der Weg des Ausganges dieser Wahl klar: Fortsetzung des Kampfes gegen dieses Regiment bis zu dessen endgültiger Beseitigung.

Ich setze damit die Parole für die Haltung der Partei genau so eindeutig fest, wie nach dem ersten Reichspräsidenten-Wahlgang. Sie heißt: Rücksichtslose Fortsetzung des Kampfes, und zwar Niederringung dieser teils offenen, teils getarnten Gegner einer wirklichen Wiederaufrichtung unseres Volkes, keinerlei Kompromisse und kein Gedanke an irgend eine Verständigung mit diesen Elementen!

Ich spreche für die Weiterführung des Kampfes daher folgende Anordnungen aus:

1. Alle organischen Fragen und Arbeiten der Partei treten ab sofort zurück gegenüber der Aufgabe der äußersten Verstärkung unserer Propaganda.
2. Sämtliche Parteinstanzen treffen sofort ihre Maßnahmen zur Einleitung des neuen Propagandaapparates.
3. Ehe dieses Regiment und die es bedeckenden Parteien nicht bis zur Vernichtung geschlagen sind, gibt es kein Verhandeln!

Die neuen Ausführungsbestimmungen für die Durchführung dieser Anordnung gebe ich noch in dieser Woche aus.
gez. Adolf Hitler.

Rückgang der polnischen Stimmen in Oberschlesien

Berlin, 7. November. (P.N.Z.) Im Bezirk Opperln haben nach der vorläufigen Zählung von 665 758 abgegebenen gültigen Stimmen erhalten: die Nationalsozialisten 178 312, die Sozialdemokraten 60 727, die Kommunisten 112 345, das Zentrum 238 605, die Deutschnationalen 53 442, die Deutsche Volkspartei 2818, die Staatspartei 1319, die Christlich-Sozialen 2077, die Wirtschaftspartei 1238, die Landvolk-Partei 798 und die Polnische Liste 12 059 Stimmen. (Bei den letzten Reichstagswahlen im Juli d. J. erhielten die Polen im Bezirk Opperln noch 14 534 Stimmen; sechs Jahre vorher — bei den Reichstagswahlen von 1924 — hatten sie in Oberschlesien noch 49 259 Stimmen erhalten. Und dabei hat es weder heute noch gestern in Deutschland Terrorwahlen gegeben! D. N.)

Reichstagsöffnung am 6. Dezember.

Berlin, 7. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der neugewählte Reichstag muß nach den Bestimmungen der Verfassung innerhalb von 30 Tagen zusammentreten. Da anzunehmen ist, daß man den Zusammentritt nicht beschleunigen dürfte, rechnet man in politischen Kreisen damit, daß die erste Sitzung des neuen Reichstages am Dienstag, dem 6. Dezember stattfindet. Diese Eröffnungssitzung wird nur die Konstituierung des Reichsparlaments bringen. Erst am nächsten Tage wird die eigentliche Arbeit beginnen.

Pariser Echo.

Paris, 7. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die französische Presse, die die deutschen Wahlen mit großer Aufmerksamkeit verfolgt hat, kommt zu dem Ergebnis, daß der neue Reichstag ebenso wie der alte nicht in der Lage sei, eine stabile Mehrheit abzugeben, und daß unter dieser Umständen die augenblickliche Regierung Papen-Schleicher auch

weiterhin die Führung in der Hand behalten werde. Es wird besonders der starke Rückgang des Zentrums und die Zunahme der deutschnationalen Sitze unterstrichen, während die Verluste der Nationalsozialisten und Sozialisten nicht weiter überraschten. Das „Echo de Paris“ sagt, es ergebe sich die Frage, ob der neue Reichstag genau wie der alte aufgelöst werde oder nicht. Wenn das deutsche Volk auch diesmal eine derartige Maßnahme hinnehme, so werde es mit der augenblicklichen Verfassung endgültig vorüber sein. Auch das „Journal“ fragt, welche Haltung der Reichstagsler angeht, die das Wahlergebnis einnehmen werde. Entweder werde er auch den neuen Reichstag auflösen, oder aber den Platz für eine Regierung freimachen, die sich auf eine Reichstagsmehrheit stützen könne. Der „Petit Parisien“ stellt fest, daß das Gesamtergebnis einen Erfolg für die Reichsregierung bedeute. Das „Petit Journal“ betont, daß die Reichstagswahl keine Klarheit geschaffen habe. Auch der sozialistische „Populaire“ stellt fest, daß Deutschland wieder einen regierungsunfähigen Reichstag gewählt habe. Die Reichsregierung wäre unter diesen Umständen auch weiterhin in der Lage, mit Hilfe der Reichswehr am Ruder zu bleiben.

Die richtige Bilanz.

Wer hat gewonnen? Wer hat verloren?

Zur richtigen Wertung der Veränderung in den Partei-Verhältnissen, die bei den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 gegenüber den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 festzustellen ist, muß bei der Gewinn- und Verlustrechnung der allgemeine Rückgang der Mandate um 4,28 Prozent in Rechnung gestellt werden. Das soll in der nachstehenden Tabelle geschehen. Zunächst wird in der Rubrik a angegeben, wieviel Mandate die einzelnen Parteien nur durch diesen allgemeinen Rückgang der Stimmen hätten verlieren müssen. Wenn man die alte Mandatsziffer überall um 4,28 Prozent vermindert, erhält man diese Ziffern, die zusammen das noch den letzten Wahlen feststellbare Minus von 26 Mandaten ergeben. Daneben folgt in der Rubrik b die einfache Gegenüberstellung der Mandatsziffern vom Juli und November. Den echten Gewinn (+) oder Verlust (-) erhalte ich dann in der Rubrik c, wenn ich den durch den allgemeinen Mandatsrückgang bedingten Verlust der einzelnen Parteien (Rubrik a) von den in der Rubrik b verzeichneten Verlust-Ziffern abziehe, bzw. den Gewinn-Ziffern zähle (denn auch die Überwindung des jeweiligen Anteils am allgemeinen Mandatsrückgang ist als Gewinn zu buchen):

Parteien	a	b	c
Nationalsozialisten	- 10	- 35	- 25
Sozialdemokraten	- 6	- 12	- 6
Kommunisten	- 4	+ 11	+ 15
Zentrum	- 3	- 6	- 3
Deutschnationale	- 2	+ 13	+ 15
Bayerische Volkspartei	- 1	- 3	- 2
Deutsche Volkspartei	-	+ 4	+ 4
Christlich-Soziale	-	+ 2	+ 2
Staatspartei	-	- 2	- 2
Kleine bürgerl. Gruppen	-	+ 2	+ 2

Hoover oder Roosevelt?

Die Entscheidung fällt am 8. November.

Der Wahlkampf in den Vereinigten Staaten von Amerika geht seiner Entscheidung entgegen. Der Wahltag ist da. Am Dienstag werden die Bürger aller Staaten Nordamerikas Männer bestimmen, die am ersten Mittwoch des Januar vor sich aus den Bundespräsidenten wählen werden. Seit Wochen wartet die Welt auf diesen Tag. Seit Wochen wird die Frage diskutiert: Hoover oder Roosevelt? Nun werden wir es bald wissen.

Die amerikanischen Präsidentenwahlen finden in einer ungewöhnlichen Situation statt. Erst vor wenigen Tagen konnte der dritte Jahrestag des riesigen Börsenkrachs begangen werden, mit dem die Krise ihren Anfang nahm. Drei Jahre Krise, wie sie Amerika noch nie erlebt hat — in diesem Zeichen stand die Präsidentschaft Hoovers, eines Mannes, der im Zeichen der Prosperität gewählt wurde. Welches ein Unterschied zwischen dem Wahltag vor vier Jahren und dem jetzigen. Man kann ihn kaum ermessen.

In Amerika trug man seine Ersparnisse nicht zur Sparkasse wie in Europa. Man legte das Geld, auch wenn es eine noch so geringe Summe war, in Börsenpapieren an. Der Börsenkrach war der Ruin unzähliger Amerikaner, er war der Ruin des ganzen Mittelstandes. Schließung der Banken und der Fabriken, Zusammenbruch der Landwirtschaft, ein Arbeitslosenheer von 12 Millionen — das ist die Bilanz der amerikanischen Krise. Im festen Glauben an die Fortdauer der Prosperität hat der Durchschnittsamerikaner sich zahlreiche Gegenstände auf Abzahlung angeschafft. Die übernommenen Verpflichtungen konnte er nicht erfüllen. Der innere Markt brach zusammen, der Außenhandel wurde durch Schutzzölle zerstört. In keinem anderen Krisenland der Welt war der Übergang vom größten Wohlstand zur größten Misere so unmittelbar und plötzlich wie in U. S. A.

All dies muß man berücksichtigen, wenn man an die Präsidentschaftswahl des 8. November denkt. Die Wahlkampagne war außerordentlich lebhaft und dabei ideenarm wie vielleicht noch nie. Nach amerikanischer Tradition sah sie mehr nach Karnevalsstrubel denn nach Kampf um eine wichtige politische Entscheidung aus. Die Frage „Hoover oder Roosevelt“ hat für den Amerikaner in erster Linie eine sportliche Bedeutung. Man schließt Wetten ab, man „setzt“ auf diesen oder jenen Kandidaten, als handle es sich um ein Rennpferd. Und man stimmt für einen Kandidaten, als wäre man in einer Spielbank.

In der letzten Zeit wurde viel Wichtiges und Tief-schürfendes über die Bedeutung der Wahl Roosevelts oder der Wiederwahl Hoovers geschrieben. Menschen, welche die Politik überhaupt und die amerikanische Politik im besondern, mit philosophischer Ironie zu betrachten gelernt haben, denken sich dabei ihr Teil. Und ihr geistiger Blick wendet sich dem Kleiderkrach zu, wo bekanntlich Tadel und Hohn nebeneinander Platz haben. Sie können beim besten Willen nicht feststellen, worin sich eigentlich Roosevelt von Hoover unterscheidet. Und sie sind der Meinung, daß die republikanische Partei in Amerika sich so nennt, um von der demokratischen unterschieden zu werden und umgekehrt.

Aus dieser Tabelle ist klar zu ersehen, daß der allgemeine Rückgang der Wählerstimmen den Rückgang der verlierenden Parteien durchweg nicht erreicht und daß andererseits die Fortschritte der glücklichen Gewinner durch den allgemeinen Rückgang der Mandate nicht aufgehoben werden konnten.

Verloren haben

Vor allem die Staatspartei (— 50 Prozent), die Nationalsozialisten (— 15 Prozent), die Sozialdemokraten (— 10 Prozent) und das Zentrum (— 8 Prozent), dem sich noch der Verlust der Bayerischen Volkspartei anschließt.

Der Verlust der Staatspartei ist deshalb besonders beachtlich, weil sich die übrigen Mittelgruppen etwas erholen konnten.

Die Sozialdemokraten haben wohl vor allem die Aufgabe ihrer Herrschaft in Preußen zu büßen.

Der Verlust des Zentrums dürfte den Konflikt beleuchten, der zwischen Brüning und Papen (der bekanntlich auch Zentrumsführer ist) entstand.

Am auffallendsten ist gewiß der Rückgang der nationalsozialistischen Stimmen. Die Hitler-Partei hat viele Wähler verloren, die sich mit der sozialistischen Richtung der Bewegung nicht befreundeten wollten und deshalb zu den deutschnationalen abmarschierten, oder denen das radikale Heil nicht früh genug kam und die deshalb zu den Kommunisten hinüberwechselten. Von einem politisch erschütternden Einbruch in die nationalsozialistischen Reihen oder gar von einem „Vergrüttsch“ kann man nicht sprechen. Die Nationalsozialisten bilden nach wie vor die stärkste Partei des Reichstages, und ohne Hitlers Willen gibt es keine Veränderung zwischen Regierung und Reichstag, gibt es keine Reichstagsmehrheit im positiven Sinne, auch dann nicht, wenn Herr Eugenberg sein Zünglein zur Verfügung stellt, und Herr Brüning seine Streitaxt begräbt.

Gewonnen haben

In erster Linie die Deutschnationalen (26 Prozent) und die mit ihnen in Wahlbündnis stehende Deutsche Volkspartei. Es ist Eugenberg gelungen, die enttäuschten Seelen des Nationalsozialismus an sich zu bringen; auch die Freunde der „autoritären“ Regierung (nicht alle, aber einige) haben die deutschnationale Propaganda wirkungsvoll gestaltet. Was Eugenberg bei den Juni-Wahlen erhoffte, nämlich der „glückliche Dritte“ bei einer Koalition zwischen Nationalsozialisten und Zentrum zu sein, ist ihm jetzt gelungen. Aber inzwischen ist der Wert dieses Dreieckes sehr problematisch geworden. Die Freunde von Harzburg sind erbitterte Feinde, und zwischen Hitler und Papen, die sich damals tolerierten, ist das Tuch zerschnitten.

Gewonnen haben auch, was man nicht erwartet hatte, die Christlich-Sozialen und die kleinen agrarischen Mittelgruppen. Bei ihrer absoluten Schwäche ist dieser Gewinn jedoch ohne Bedeutung.

Die Erfolge der Kommunisten, die ihre Mandate um 11 Prozent vermehren konnten, hatte man sich eigentlich größer vorgestellt. Sie haben radikalisierte Wähler gefesselt, die teils von den Sozialdemokraten, teils von den Nationalsozialisten zu ihnen gestochen sind. Es ist aber trotzdem beachtlich, mit welcher Stetigkeit die Kommunisten ihre Front vorwärtstreiben. Im Juli gewannen sie 11 Mandate, und jetzt haben sie sich schon wieder um 11 Rothemden vermehrt.

Die beiden Parteien haben weder feste Programme, noch feste Prinzipien. Sie suchen ihre Parolen, wo sie sie finden. Und wenn der Gegner eine zugkräftigere gefunden hat, so suchen sie sie sich zu eigen zu machen. So ist Hoover neuerdings leicht feucht geworden, weil die Attacken Roosevelts gegen die Prohibition allgemeine Zustimmung gefunden haben.

Nur in einem Punkt sind sich die beiden Kandidaten einig: die europäischen Schulden müssen bezahlt werden. Im übrigen muß man schon mit einer Lupe bewaffnet sein, um seine Nuancen in der Taktik der beiden Kandidaten ausfindig zu machen. Damit ist zugleich die Frage beantwortet, was wir Europäer von dem Ausgang der Amerika-Wahlen zu erwarten haben.

Bei aller Reserve, mit der der Ausgang des 8. November zu beurteilen ist, ist doch nicht zu verkennen, daß die Spannung, mit der das Wahlergebnis allgemein erwartet wird, kaum noch eine Steigerung erfahren könnte. Wer wird nun also siegen? Diese Frage kann am besten so beantwortet werden: ein Sieg Hoovers würde eine Überraschung sein. Überraschungen sind bei den Amerika-Wahlen nie ausgeschlossen.

Mit anderen Worten: Roosevelt hat nach wie vor bessere Chancen. Allem Ermessen nach dürfte er auch gewählt werden. Aber als ganz gesichert kann seine Wahl nicht angesehen werden. Die Hoover-Anhänger rechnen mit einer Passivität der Wähler, sowie damit, daß die Opposition vielfach für den sozialistischen Kandidaten Thomas stimmen wird, was einer Schwächung Roosevelts gleichkommen würde. Im übrigen sind die Republikaner alles andere als optimistisch, und wenn eine Partei sich selbst am Vorabend der Wahlen nicht zu einem Optimismus aufrufen kann, dürfte es nicht gut um sie bestellt sein. In den Endspurt um das Weiße Haus geht Roosevelt vor Hoover.

Staatspräsident Lebrun

über den französischen Abrüstungsplan.

Paris, 7. November. (Eigene Drahtmeldung.) Bei der Grundsteinlegung der neuen Universitäts-Bibliothek in Nancy nahm auch der französische Staatspräsident Lebrun das Wort. Er erklärte u. a.: Frankreich könne das Verdienst in Anspruch nehmen, sich bei der Durchführung der Annäherungs-Politik sehr weitherzig und aufrichtig gezeigt zu haben. Auf dem Gebiete der zeitweiligen Befestigung gewisser Provinzen ebenso wie auf demjenigen der Reparationen und der wirtschaftlichen Beziehungen habe Frankreich ganz besondere Opfer gebracht. In der Abrüstungsfrage habe es einen Plan unterbreitet, der auf eine bessere Organisation des Friedens hinausgehe. Was daraus werde, sei noch ungewiß. Es sei jedoch keinerlei Veranlassung zur Beunruhigung vorhanden. Dieser französische Plan bilde ein Ganzes. Im Augenblick sei Frankreich noch Herr seiner eigenen Verteidigungsmittel und werde sich nicht ohne die notwendigen Gegenleistungen zu einer Abrüstungsbeschränkung bereit erklären. Nach den furchtbaren Leiden des Weltkrieges könne man das Recht der Wahrung der eigenen Interessen

nicht ohne eine befriedigende Gegenleistung aufgeben. Man würde der Welt eine Enttäuschung bereiten, wenn man auf den hauptsächlichsten Gegenfaktor verzichtete würde, ohne zunächst eine bessere Organisation dieses Friedens durchgeführt zu haben. (Und dabei hat Frankreich die allgemeine Abrüstung unter dem Brief und Siegel von Versailles bereits zugestanden und gleichzeitig das Zugeständnis unerhörter deutscher Gegenleistungen erhalten, auf deren Erfüllung es besteht, wie Schloch auf seinem Schein. Würde man der Welt wirklich eine Enttäuschung bereiten, wenn Frankreich die Sabotage der Abrüstungspolitik auch ohne die Erpressung neuer Leistungen und sinnloser Pakte aufgibt? Die Welt würde gewiß nicht enttäuscht, sondern nur höchst erstaunt, sagen wir es noch positiver: sie würde angenehm überrascht sein, Herr Lebrun! D. R.)

Der Berliner Verkehrsstreik.

Berlin, 7. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Berliner Verkehrs-Gesellschaft hat am Montag früh den Teilverkehr in verstärktem Umfange aufgenommen. Nach Mitteilung des Städtischen Nachrichtenamtes werden von den 73 Straßenbahnlinien heute vormittag 45 mit 425 Zügen befahren, während in normaler Zeit etwa 1000 Wagen im Betriebe sind. Weiter fahren 105 Omnibusse auf 10 Linien. Von den 5 Untergrundbahnstrecken sind die Strecken Stettiner Bahnhof—Tempelhofer und Alexanderplatz—Breitenbachplatz im Betriebe. Die Verbindung Rottendorfer Platz—Hauptstraße soll im Laufe des Vormittags aufgenommen werden. Nach der gleichen Quelle steigt die Zahl der Arbeitswilligen ständig.

Die vorstehenden Angaben werden von der nationalsozialistischen ebenso wie von der kommunistischen Streikleitung bestritten. Es wird von dieser Seite erklärt, daß nur 50 Straßenbahnwagen im Verkehr seien, und daß von den Streikenden der Kampf bis zum äußersten fortgeführt würde.

In der Nacht zum Montag ist wieder eine ganze Reihe von Sabotageakten verübt worden. Es wurden schwere Hindernisse an verschiedenen Stellen über die Schienen gelegt und in Tempelhofer wurde ein Transformator-säule in Brand gesetzt.

Republik Polen.

Auflösung der Warschauer Stadtverwaltung.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, soll in nächster Zeit die Auflösung der Warschauer Stadtrats erfolgen. Zum Kommissar der Stadt Warschau soll der Abgeordnete der Regierungspartei Krzysztof Siedlec ernannt werden.

Neuer Präsident des Obersten Verwaltungs-Gerichts.

Wie die Polnische Telegraphen-Agentur aus Warschau meldet, hat der Präsident der Republik den bisherigen Leiter des Juristischen Bureaus beim Präsidium des Ministerrats, Jan Kanta-Pietak, zum ersten Präsidenten des Obersten Verwaltungsgerichts ernannt.

Deutsches Reich.

Verbot kommunistischer Blätter.

Der Berliner Polizeipräsident hat die kommunistische „Rote Fahne“ und die kommunistische „Welt am Abend“ im Zusammenhang mit dem Berliner Verkehrsstreik wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesehe und wegen vorbereitender Handlungen zum Hochverrat ab sofort bis 12. November verboten.

„Das andere Deutschland“.

Der Berliner Polizeipräsident hat auf Grund der Verordnung gegen politische Ausschreitungen die in Berlin erscheinende periodische Zeitschrift „Das andere Deutschland“ ab sofort bis einschließlich 30. April verboten.

Aus anderen Ländern.

Ungarns neuer Ministerpräsident — Sohn einer deutschen Mutter.

Wie die deutschen Zeitungen Südosteuropas und Rumäniens berichten, stammt der vielgenannte neue ungarische Ministerpräsident Julius von Gömbös, der ja vor Jahren als Führer der magyarischen Rasseführer bekannt geworden ist, von einer — deutschen Mutter ab. In der Tolnauer deutschen Gemeinde Murgan wurde in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts bei dem dortigen Lehrer Andreas Wagner ein junger Lehrer namens Gömbös als Hilfslehrer angestellt. Gömbös, der einem kleinen magyarischen Adelsgeschlecht entstammte, verheiratete sich dann mit der Schwägerin seines Vorgesetzten, namens Anna Weizel. Aus dieser Ehe wurde noch in Murgan im Jahre 1886 als erstes Kind Julius geboren, der von dem damaligen Gemeindegärtner von Neuwertshaus (Watschka), Dr. Friedrich Wagner, und seiner Nichte Marie aus der Taufe gehoben wurde. Die Familie Gömbös siedelte später nach Debrecen über, wo Julius die Mittelschule besuchte. Seine weitere Ausbildung erhielt er auf der Kadettenschule in Fünfkirchen, der Militärschule in Budapest und an der Kriegsschule in Wien. Gömbös' Mutter ist also eine echte Deutsche, die auch heute noch kaum einige Brocken Magyarisch spricht. Dem ist schließlich noch hinzuzufügen, daß auch Julius von Gömbös, wie sein Vater, ebenfalls ein deutsches Mädchen namens Margarete Reichert geheiratet hat. Ungarns neuer Ministerpräsident steht also in den engsten verwandtschaftlichen Beziehungen zum ungarländischen Deutschtum.

Neues Kabinett in Griechenland.

Athen, 5. November. (Eigene Drahtmeldung.) Tsaldaris hat das neue Kabinett gebildet und in diesem gleichzeitig das Portefeuille des Finanzministers übernommen. Außenminister ist Kallis, Innenminister — Matagala, Kriegsminister — Kondilis.

Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 7. November 1932.

Krakau + 2,73, Zawichott + 1,25, Warschau + 1,23, Ploc + 1, Thorn + 0,80, Fordon + 0,83, Culm + 0,70, Graudenz + 0,93, Ruzhewitz + 1,12, Bielek + 0,35, Drischau + 0,29, Einlage + 2,90, Schwienhorst + 2,56.

Vom amerikanischen Wahlkampf.

Owen Young für Roosevelt.

New York, 4. November. (Eigene Drahtmeldung.) Am Donnerstagabend sprach der Präsidentschaftsanwärter Roosevelt in der überfüllten Metropolitan-Oper. Nach ihm trat zum ersten Male Owen Young in einer langen Rede für Roosevelt ein. Diese Tatsache ist wegen der Bedeutung Youngs als Wirtschaftsführer sehr wichtig. Roosevelt und Young traten scharf den Behauptungen Hoovers entgegen, wonach die Wirtschaft der Vereinigten Staaten im Falle eines Sieges der demokratischen Partei zusammenbrechen würde. Die Wetten stehen

4 : 1 für Roosevelt.

Der südliche Wahlrumpf ist wegen der Krise sehr gering, zumal die Wahlfonds der Parteien nur knapp die Hälfte von dem betragen, was sie für Propaganda in früheren Zeiten zur Verfügung hatten. Der Präsidentschaftsanwärter der Sozialisten Thomas bekam bei Probeabstimmung bisher etwa fünf vom Hundert.

Amerika und Europa.

Wie der amerikanische Sonderberichterstatter des „Berl. Tagebl.“ meldet, läßt sich jetzt die außenpolitische Auffassung der künftig wohl maßgebenden Demokratischen Partei deutlicher erkennen. Die Demokraten kritisieren es, daß Amerika bisher theoretisch jede Einmischung in europäische Verhältnisse abgelehnt und sich praktisch doch in die Europapolitik hineinziehen lassen müssen. Künftig solle lieber eine klare Verantwortung übernommen und eine engere Zusammenarbeit mit dem Völkerbund erzielt werden als Grundlage einer Friedenspolitik.

Wenn Franklin Roosevelt am Dienstag zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt werden sollte, würde er, wie der Neue Telegraphen-Dienst versichert, den Präsidenten der General Electric Company, Owen Young, der Vorsitzender des nach ihm benannten Komitees war, sofort mit der Leitung des Schatzamtes betrauen. Diese Ernennung, die als sicher gilt, erregte gestern in Wall-Street-Kreisen ungeheures Aufsehen. Die Folge war, daß die Aktien um zwei bis fünf Punkte in die Höhe gingen. Man bezeichnet es als einen der geschicktesten Schachzüge des Wahlfeldzuges, daß Owen Young sich erst im letzten Augenblick entschloß, für Roosevelt einzutreten. Allgemein nimmt man ferner an, daß der bekannte Bankier in Chicago, Medwyn Traylor, zum Staatssekretär für Handel ernannt werden wird. Es heißt auch, daß Hoover, falls er unterliegen sollte, nicht bis zum 4. März im Amte bleiben, sondern sofort zurücktreten werde.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 7. November.

Benig verändert.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet trübes Wetter bei geringen Temperaturschwankungen an.

Sredni stellt sich selbst.

Im Zusammenhang mit dem entzehlichen Verlehrsungslück, über das wir in der letzten Ausgabe unseres Blattes ausführlich berichteten, erfahren wir, daß der Chauffeur und Besitzer des Unglücksautos, Samuel Sredni, sich am Sonnabend nachmittag gegen 3 Uhr der Polizeibehörde gestellt hat. Sredni hatte die Nacht bei Verwandten zugebracht und sich im Laufe des Sonnabend Mittag entschlossen, sich den Behörden zu überliefern. Er erklärte, daß er aus Furcht vor Strafe sich versteckt gehalten habe. Im übrigen will er nichts davon gewußt haben, daß er eine Frau überfahren hätte.

Wie unterdessen festgestellt worden ist, handelt es sich bei der Toten um die 80jährige Witwe Bertha Walfowia, Heynstraße (Magowicka) 4. Die Greisin hatte ihre 50jährige Tochter Klara Walfowia, die in der Fröhnerstraße wohnt, besucht, war dann durch die Volkstraße nach der Rinkauerstraße gekommen, wo sie in der Nähe der Baptistengasse den Fahrdamm überquerte und von dem Auto erfaßt und überfahren wurde. Der grausame Tod der armen Frau erhält noch eine besonders tragische Note durch den Umstand, daß sie die einzige Ernährerin ihrer 50jährigen Tochter war, die Invalide ist und keinerlei Einkommen hat. Die Verstorbenen erhielt 8 Zloty Rente und 12 Zloty Unterstützung von der Stadt und hatte eine Wohnung von zwei Zimmern mit Küche inne. Hier hatte sie drei Untermieter bei sich wohnen, die ihr monatlich jeder 15 Zloty zahlten. Von diesen Einnahmen ernährte die Frau sich und ihre Tochter.

Bei dem Unfall soll die Verstorbenen ein Geldbüchlein mit 10,80 Zloty verloren haben, das, wie Augenzeugen berichten, von einem Manne gefunden worden ist, aber nicht abgegeben wurde.

Die Kriminalpolizei bittet alle Zeugen des Unglücks, sich bei ihr, Regierungsgebäude, Zimmer 76, zu melden.

§ Apotheken-Nachtdienst haben bis zum 14. d. M. früh die Kronen-Apothek, Bahnhofstraße (Dworcowa) 48, und die Bären-Apothek, Bärenstraße (Niedzwiedzia) 11.

Worte zur Winterhilfe.

„Wer heute noch ein Dach über dem Kopf und satt zu essen hat, sollte die Armen nicht vergessen.“
Senator Dr. Busse-Zupabiv.

§ Der hiesige Geflügelzüchterverein (gegründet 1891) hielt kürzlich im Gasthause von Wichert eine Mitglieder-versammlung ab, in der zunächst eine Angelegenheit erledigt wurde. Hierauf hielt der Vorsitzende einen Vortrag über das Thema: „Warum legen unsere Hühner nicht?“ Er besprach hierbei alle Fehler, die vielfach bei der Auswahl, Pflege, Unterbringung und Fütterung der Hühner gemacht werden und gab Ratsschläge, wie man gerade im Herbst und Winter die Hühner zum fleißigen Legen bringen kann. Zum Schluß wurden die mitgebrachten hochwertigen Junghühner vorgeführt und beurteilt. Frau

Griebel zeigte sehr schöne junge, rehuhnsfarbige Italiener und schwarze Langshan, Herr Schulz gelbe Italiener und prachtvolle Rhodeländer und Frau Mikolajczak einen Stamm junger Rhodeländer, die durch Größe und Raffigkeit auffielen.

§ Eine Verhaftung, die Aufsehen erregt hat, wurde am Freitag vorgenommen. Wie wir vor einiger Zeit berichteten, erkrank im Kanal an der 4. Schleppe der 68jährige Schornsteinfegermeister Anton Rummel. Nun verhaftete die Polizei einen Stiefsohn des Erkrankten, der in der tragischen Nacht mit ihm den schmalen Steg an der 4. Schleppe benutzt haben soll, von dem aus er in den Kanal stürzte. Zwistigkeiten, die zwischen dem Verstorbenen und seinem Stiefsohn bestanden und die Tatsache, daß der letztere sehr verschwenderisch gelebt hat, ließen die Annahme aufkommen, daß er eines gewaltsamen Todes gestorben ist. Die Untersuchung hingegen soll ergeben haben, daß der Tod auf einen Unglücksfall zurückzuführen ist.

§ Einen Unfall erlitt am Freitag der 30jährige Schlosser Ignaz Wozniak aus der Kurzstraße (Mala) 8. Er erlitt eine Verletzung der linken Hand und mußte in das Diafonienkrankenhaus überführt werden.

Die Bromberger Spielschar in Bartschin.

Bartschin, 6. November. Eine rechtliche Veranstaltung mit Gesang, Volkstanz, Vortrag und Laienspiel führte hier gestern der „landwirtschaftliche Verein Bartschin und Umgegend“ durch. Der Saal des Herrn Kletke und alle Nebenräume konnten den vor und fern so zahlreich herbeigekehrten Gästen kaum Platz bieten. Das Fest begann mit drei Konzertsätzen, ausgeführt von der Kapelle Bigalk-Bromberg. Nach einem Volkslieder-Potpourri wurde dann von allen gemeinsam gesungen „Was frag ich viel nach Geld und Gut...“ Nun führte der Vortrag „Wie die ersten deutschen Siedler hier herkamen“ in einen Abschnitt unserer Heimatgeschichte ein. Die etwa 45stündigen Ausführungen brachten die Hörer zu der Erkenntnis, daß das von unseren Vätern mit großem Wagemut, Fleiß und stärksten Opfern an Arbeitskraft erworbene Heimatrecht heilig und unveräußerlich ist und daß wir die Pflicht haben, die von den Vätern übernommenen materiellen und geistigen Güter, von denen die letzteren die geistig-seelischen Grundlagen unseres Volkstums bedeuten, in vollem Umfange zu erhalten und sie an unsere Kinder und Kindeskinde weiterzugeben müssen. Die Ruhe im Saal während des Vortrages und zuletzt der Beifall zeigten, daß unsere Volksgenossen auch diese etwas ungewöhnliche „Kost“ bei einem Vergnügen zu würdigen wußten.

Nach dem Vortrag sang dann die 16 Personen starke Bromberger Spielschar, die die ganzen Darbietungen bestritt, drei Lieder mit Lautenbegleitung, die starken Beifall fanden.

Und nun gelangte nach einer kurzen Einführung in den Charakter des Stückes das Vortenspiel „Im untersten Gewölbe“ von Martin Reiserle zur Aufführung. Die Hörer verstanden dieses feine, schaurig-lustige, groteske Ritterstück sehr gut, lachten an den richtigen Stellen und ließen sich auch nicht die feinen eingestreuten philosophischen Ergüsse des Dichters entgehen. Als sich am Schluß des 1 1/2 Stunden dauernden Stückes der Junker Friedrich und Gene, das Hirtensmädchen, fanden, nachdem es im Laufe des Spieles fünf Zeichen gegeben hatte, dankte reicher Beifall den Spielern. Vor dem allgemeinen Tanz gab dann die Spielschar noch drei Volkstänze mitten im Saal zum besten.

v Argenau (Gniemkowo), 6. November. Als gestern mehrere junge Leute hinter einem mit Kohlen beladenen Wagen herkamen, um die herabfallenden Kohlen zu sammeln, stieg einer der Burschen auf den Wagen und warf Kohlen herunter. Bei dieser Arbeit verlor er das Gleichgewicht, fiel auf das harte Steinpflaster und zog sich schwere innere Verletzungen zu. Auf Anordnung des Arztes brachte man ihn ins Krankenhaus.

□ Grono (Koronowo), 6. November. Auf dem letzten Wochenmarkt kostete Butter 1,50—1,60, Eier 1,80—2,00 die Mandel, Mastschweine brachten 42—50 Zloty der Zentner, Bacon-Schweine 39—40, Abschärfel 23—30 Zloty das Paar. — Kürzlich wurde bei dem Gemeindevorsteher Kwiatkowski in Hammer (Borzenkowo) bei Maxtal durch Einbrüche einer Fensterscheibe eingebrochen. Die Diebe hatten bereits ein ganzes Zimmer ausgeräumt, als sie bemerkt und vertrieben wurden. Ihre wohlverpackte Beute mußten sie zurücklassen.

ex Ezin (Acynia), 6. November. Als die Zagowstischen Gebrüder, in Koppetel wohnhaft, abends vom Eziner Markt nach Hause kamen, fanden sie ihre 24 Jahre alte unverehelichte Tochter in einer Blutlache mit durchschnittener Kehle vor. Ob ein Mord oder Selbstmord vorliegt, konnte bisher nicht festgestellt werden. — Einer Händlerfrau aus Ezin wurde, als sie von Rakel nach Ezin fuhr, von einem Rohling, der mit einem Fuhrwerk in entgegengekehrter Richtung fuhr, mit einer Peitsche derart über den Kopf geschlagen, daß die Gefahr bestand, daß die Frau das Augenlicht verliere. Der Täter ist unerkannt entkommen. — Dem Schweizer Jachowski aus Dobieszewo wurden drei Enten gestohlen. — Einer Arbeiterfrau, die hier zum Markt gekommen war, wurden 20 Zloty aus der Tasche entwendet. Der Täter ist unerkannt entkommen.

q Gnesen (Gniezno), 5. November. Einen plötzlichen Tod erlitt in der Vorenkirche in Gnesen der Landwirt Jan Kapcinski aus Mnihowo. Während des Gebetes stürzte er zu Boden. Der sofort herbeigerufene Arzt konnte nur den Tod durch Herzschlag feststellen. — Eine unbekannte Frau legte dieser Tage in den Hansflur des Kinderheims auf der Bahnhofstraße ein sechs Wochen altes Kind weiblichen Geschlechts nieder und verschwand unerkannt.

i Rakel (Raklo), 5. November. Zu dem Einbruch bei der Firma P. Piatkowski ist zu berichten, daß man den Dieben auf der Spur ist. Festgenommen wurden zwei Personen, die vor anderthalb Jahren hier an sehr vielen Stellen Einbrüche verübten und erst kürzlich eine längere Gefängnisstrafe abbüßten.

R Posen (Poznan), 6. November. Das Opfer eines räuberischen Überfalls wurde in der Nacht zum Sonnabend die 73 Jahre alte Witwe Dittke Rebecka, die in der Wpolskastraße 16 in Wilda hart an der Grenze nach Dembsen ein kleines Häuschen allein bewohnt. Mehrere Banditen drangen gewaltsam in das Haus ein, überwältigten die Greisin und verlangten von ihr die Herausgabe ihres Geldes unter Bedrohung mit dem Tode. Die alte Frau lieferte in ihrer Angst die Schlüssel zu einem Koffer aus, in dem sich 2500 Zloty erspartes Geld befanden, mit dem die Verbrecher verschwanden. Wenn man auch der

Überfallenen sein Mitleid nicht versagen wird, so muß es doch immerhin als fahrlässig bezeichnet werden, daß die Greisin, die von einer kleinen Rentenrente und der Miltätigkeit anderer Leute lebte, ihr mühsam zusammengepartes Geld in solcher Höhe zuhause aufbewahrte, statt es einer Sparkasse anzuvertrauen. Offenbar haben die Räuber etwas von den Ersparnissen gewußt. — In der fr. Buddestraße wurde der sechsjährige Jan Rataj von einem Kraftwagen überfahren und schwer verletzt. Im St. Josefs-Krankenhaus, in das man den bedauernswerten Knaben schaffte, wurde ein doppelter Beinbruch bei ihm festgestellt. — In Rataj entstand zwischen mehreren jungen Leute eine wüste Prügelei, in deren Verlauf der 23jährige Kaufmann Marian Kurczewski durch einen Schrottschuß in die Brust lebensgefährlich verletzt wurde. Der Täter ist noch nicht ermittelt.

Freie Stadt Danzig.

Schwerer Verkehrsunfall.

Am Freitag um 11.25 Uhr ereignete sich an der Straßenbahnhaltstelle in der Großen Allee in Höhe der Ostseestraße ein schwerer Verkehrsunfall. Hier hielt eine von Langfuhr gekommene Straßenbahn, worauf mehrere Personen aus- bzw. einsteigen wollten. Zur gleichen Zeit kam von Langfuhr der Personenkraftwagen PM 52307. Der Führer dieses Autos mußte stark bremsen, da die Asphaltbahn vor ihm von einem vom Kassubenerweg zur Ostseestraße fahrenden Fuhrwerk gekreuzt wurde. Das Auto kam infolge des scharfen Bremsens auf der glatten Fahrbahn in scharfe Kurven und fuhr auf den Perron. Fünf Personen, nämlich der Schaffner des Straßenbahnwagens und vier an der Bahn stehende Frauen, wurden umgerissen und verletzt.

Die Verletzten wurden in einem herbeigerufenen Krankenauto in das Städtische Krankenhaus geschafft, der Führer des Personenwagens dagegen verhaftet. †

* Todessturz eines Zollsekretärs. Ein tief bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich auf dem dänischen Dampfer „J. E. Jacobsen“, der zur Zeit an der Schäferei liegt. An Deck des Schiffes, in unmittelbarer Nähe der Ladeluke, stand der Zollsekretär Gustav Edler und übermachte die Entladung von Stückgut. Als zwei Ölfässer von der Winde hochgehoben wurden, wurde er beim Ausschwenken von der pendelnden Last getroffen und von Bord hinuntergeschleudert. Der Unglückliche stürzte sieben Meter tief in den Laderaum des längsseitig des Dampfers liegenden Rahns und erlitt einen doppelten Schädelbruch, der seinen Tod zur Folge hatte. Er wurde zwar noch in das Marienkrankenhaus eingeliefert, jedoch erwies sich ärztliche Hilfe als zu spät. †

* Fretches Diebstahl. An einem der letzten Abende ging die 59 Jahre alte Verkäuferin Amanda Bura, die bei der Käse-Großhandlung von Willt Schulz, Troyl 82, beschäftigt ist und die Filiale dieser Firma im Hause Troyl 30 leitet, von der Filiale zum Hauptgeschäft, um 140 Gulden Wechselgeld abzukassieren. Plötzlich wurde sie von drei Jugendlichen umringt und einer von diesen zog ihr von hinten die Tasche aus der Hand. Darauf ergreifen die drei die Flucht, ohne daß es gelang, ihrer habhaft zu werden.

Furchtbares Unwetter über Nord-Norwegen

13 Tote bei einem Schiffsuntergang.

Oslo, 7. November. (Eigene Drahtmeldung.) Über Nord-Norwegen, besonders in der Gegend von Tromsø, hat am Sonntag ein furchtbares Unwetter getobt. Man berichtet, daß zahlreiche Schiffe dabei untergegangen sind. Ein Schiffsunglück wurde bereits gemeldet. Der englische Fischfahler „Golden-Deeps“ ist am Sonntag mit 13 Mann Besatzung untergegangen. Der Kapitän und drei Mann der Besatzung konnten gerettet werden. Vom Lande aus sah man das Schiff hilflos in der hohen See treiben.

10 Tote beim einem Schiffszusammenstoß.

Paris, 7. November. (Eigene Drahtmeldung.) Nach Meldungen aus Lissabon ereignete sich in der Nähe von Cap Mondego ein schwerer Zusammenstoß zwischen den Schönern „Rosine“ und „Augusto“. Die „Augusto“ wurde in der Breitseite getroffen und sank in wenigen Minuten. Von der 25köpfigen Besatzung konnten nur 15 gerettet werden, die anderen 10 fanden den Tod in den Wellen.

Aleine Rundschau.

Ein Zug fährt in eine Arbeiterkolonne.

Hamburg, 4. November. (Eigene Drahtmeldung.) In der Nähe von Hamburg fuhr ein Güterzug in eine Arbeiterkolonne, wobei drei Personen getötet, zwei schwer und mehrere leicht verletzt wurden.

Doppelraubmord.

Dortmund, 5. November. (Eigene Drahtmeldung.) Am Freitag abend wurde im Stadtteil Mengede ein Doppelraubmord aufgedeckt. Dort fand der Fördermaschinenführer August Schmidt bei der Rückkehr vom Dienst seine 30jährige Ehefrau Johanna und die 32 Jahre alte Hausangestellte Ida Thine erschossen auf. 300 Mark Bargeld waren geraubt. Zwei der Tat verdächtige Personen wurden verhaftet.

Unsere Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf die „Danziger Rundschau“ beziehen zu wollen.

Chef-Redakteur: Gottfried Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Straßer; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heppke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Prüggoßki; Druck und Verlag von M. Littmann & Co., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 256

Heute: „Illustrierte Weltchau“ Nr. 45.

Die Geburt unseres Sohnes **Joachim Werner Carl** geben wir hierdurch bekannt

Walter Formazin
u. **Frau Margot geb. Behrend**

Danzig, den 3. November 1932
z. Zt. Privatklinik Dr. Sieber und Dr. Dowig

Bydgoszcz, Tel. 18-01

Dr. v. Behrens
bearbeitet
allerlei Verträge,
Testamente, Erbsch.
Auflassungen, Hypo-
thekenlöschung, Gerichts- u. Steuer-
angelegenheiten.

Promenada nr. 5
beim Schlachthaus.

Kind i. Pflege nimmt
Krankenschwef.
Offerten unter E. 4176
a. d. Gescht. d. Zeitg. erb.

Deutsches Privatgymnasium
Dreger'sches Privat-Lyzeum
Bydgoszcz.

Am Dienstag, dem 15. November 1932,
finden in den einzelnen Klassenzimmern des
Gymnasiums von 14.30-15.30 Uhr, des
Lyzeums von 15-16 Uhr

Eltern-Besprechungen
statt, wozu die Eltern oder deren Stellvertreter
hiermit eingeladen werden. 8847
Die Schulleitungen.

Schul-Berein
Deutsches Privatgymnasium
in Bydgoszcz.

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, dem 15. November 1932,
18.15 Uhr im "Civil-Kasino".

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht, 2. Kassenbericht und Ent-
lastung, 3. Ersatzwahl, 4. Verschiedenes.
Falls die erste Versammlung nicht beschluß-
fähig ist, findet eine Viertelstunde später eine
zweite Versammlung statt, die unter allen
Umständen beschlußfähig ist. 8840
Der Vorstand.



Jawohl-in kalter
Persillauge
gewaschen!



Alle echtfarbige Bunt-
wäsche sollte man mit
dem zuverlässigen
Persil kalt waschen.
Das ist billig, einfach
und bequem. 1 Eßlöffel
Persil auf je 2 Liter Was-
ser ist das richtige Maß.
Das gibt eine prachvoll
schäumende, wasch-
kräftige Lauge. Natur-
lich wäscht man zarte
Sachen behutsam und
ohne Reiben. Gleich
nach dem Waschen in
kaltem Wasser (mit
etwas Essigsäure)
nachspülen und sehr
sorgfältig trocknen
durch wiederholtes Ein-
rollen in weiße Tücher.

Persil wäscht Zartes
schonend rein!

Statt besonderer Anzeige.

Heute mittag ist mein lieber, guter Mann, unser treu-
forgender, geliebter Vater, Schwiegervater und Großvater

Wilhelm Klug

nach einem reich gesegneten Leben im Alter von 87 Jahren
sanft entschlafen.

Elise Klug geb. Zembich
Margarete Runge geb. Klug
Helene Krafel geb. Klug
Werner Klug, Rózankowo
Axel Runge, Oberst a. D., Tegefort b. Berlin
Otto Krafel, Amtsgerichtsrat, Elbing
Elisabeth Klug geb. Padua
und 7 Enkelkinder.

Torun, den 5. November 1932.

Trauerfeier im Hause Bydgoska 76 am Dienstag, dem 8. November
1932, um 12 Uhr mittags.
Befragung in Bromberg (Bydgoszcz) am Mittwoch, dem 9. November
1932, um 1 Uhr nachmittags, von der Leichenhalle des alten evangel.
Friedhofes aus. 8843

Bielitzer Stoffe sind die besten!

Ihren Bedarf von Anzugs- und Mantel-
stoffen können Sie sich direkt aus
Bielitz besorgen. Ich liefere garantiert
erstklassigste Bielitzer Qualitäten in
den modernsten Mustern zu günstigen
Preisen. Verlangen Sie vollkommen un-
verbindlich und kostenlos (selbst Rück-
porto füge ich bei) meine neue Muster-
kollektion. Außerst solide Bedienung.
Fa. **Wiktor Thomke** 7062
wyrób i skład sukna, Bielsko-Kamienica

Wegens Verheirat. der
jetzigen Suche 3. Januar
ob. Febr. eine jüngere,
tüchtige 8849

Kindergärtnerin
in Danzig ein Jahr
das Seminar besucht,
sucht gelüht auf ein
gutes Zeugnis, An-
stellung am liebsten im
Kindergarten od. christl.
Anst. unt. E. 8853 an die
Gescht. d. Zeitg.

Wirtin
mit guten Zeugnissen,
die firm im Koch., Bad.,
Einschlacht. u. Wäsche-
behandlung ist.
Kr. Gutsbeitz, Feldt.
Kowrog, v. Ditzkow,
pow. Torun.

Ge. Hausmädch.
m. Kochkenn. v. sof.
od. später gesucht 4203
Dworcowa 57, Wa. 5.

Stellengesuche
Junges, gebild., engl.
Mädel sucht vom 15. 11.
oder später bei vollem
Familienanschluss und
etwas Taschengeld

passende Stelle.
Frbl. Angebote find
zu richten unt. E. 8839
an die Gescht. d. Zeitg.

Walter, Mädchen sucht
irgendwelche Beschäf-
tigung, Off. unt. E. 1199
a. d. Gescht. d. Zeitg. erb.

Suche per bald oder
später Stellung als
Stubenmädchen
in Guts- oder Stadt-
haushalt (Glanzplätt-
und Nähtennisse vor-
handen), oder auch als
Alleinmädchen in der
Stadt. Freundl. Angeb.
mit Gehaltsangaben
unter A. 8466 an die
Gescht. d. Zeitg. erb.

An- u. Verkäufe
Gelächst m. Einricht.
geeignet für
Delikatesswaren od. sonst.
Br., i. Zentr., zu verk.
zu erfrag. in der Ge-
schäftsst. dies. Zeitg. 4180

Zu verkaufen ein Paar
edle, gängige
Wagenpferde
4¹/₂ und 5¹/₂ Jahr, Buchs-
wallache, ferner bunter
Happwallach
3¹/₂ Jahr, angeritten,
Pferde sind gut auf den
Beinen, ca. 170 groß.
Wampe, Tuszowo,
pow. Wyrzysk. 8847

3 Deutsche Doggen
zu verkaufen, 8 Wochen
alt, Rüde 35,- zloty,
Hündin 25,- zloty. 8815
Frankenstein,
Księżydwór, Dziadowo

Blaue
Niejudogge
wachsam und hart,
selten starkes Tier, billig
zu verkaufen 8848
Otto Meyta,
Brodnica n. Drw.
Ramionta

Einige gebrauchte
n- und ausländische
Pianos
empfiehlt sehr billig
B. Sommerfeld,
388 ul. Sniadeckich 2.

Chrlücher u. fleißiger
Müller
26 Jahre alt, ev., ledig,
Deutsch u. Poln. perf.,
firm in allen Müllerei-
arbeit, sowie in Füh-
rung von Motoren,
Elektr., Dampf, Wasser
und Auto, sucht ge-
richt auf gute Zeug-
nisse und Referenzen,
von sofort od. später
Stellung. Gesf. Off. u. E.
8852 an die Gescht. d.
dieser Zeitung-erbet.

Offene Stellen

Buchhalter
möglichst aus der
Mühlen-Branche, mit
Steuerachen vertraut,
von sofort gesucht. Un-
gebot unter A. 8846 an
die Gescht. d. Zeitg.

Heirat

Evgl., jung. Mann
25 J., vermög., eigenes
Haus, sucht gleichalt.
Dame mit Vermög. von
5000 zł aufw. zw. baldig.
Heirat kennen zu ler-
nen. Zuschrift.
mit Bild unt. E. 942 an
A.-Exp. Wallis, Torun.

2 Freundinn., Ende 20.,
m. 6000 zł v. Verm. u. g.
Ausst., i. Herendefant-
schaft (Handw. od. Land-
wirt) zw. Heirat, evtl.
Einbeirat. Off. mögl. m.
Bild, w. zurückges. w. u.
W. 4159 a. d. Gescht. d. Z.

Handwerker, Anfang 40
selbst. sucht Bekantntsch.
ein. Mädchens v. Bande
zwecks Heirat. Off.
D 4175 a. d. Gescht. d. Ztg.

**Gutsbesitzertocht., ver-
mög.,** sucht Briefwechs.
m. Charakter. Mädchen
nicht unt. Heirat. Off.
30 J., zw. Heirat. unt.
E. 4152 a. d. Gescht. d. Z.

**Geschäftsgrundstücks-
Besitzer** möchte eine jge.
verm. Dame m. 26 J. fen.
lernen zwecks späterer
Heirat. Off. u. E. 4149
an die Gescht. d. Z.

Berufst., intell. Dame,
28 Jahre alt, evgl., sehr
häusl. u. wirtschaftl. m.
gut. Charakter, natur-
u. musikliebend, wünscht
da i. zurückgez. lebend,
Bekantntsch. m. charak-
tervollem deutschen
Herrn, zwecks späterer
Lebensgemeinsch.
Gesf. Zuschr. mögl. mit
Bild unt. E. 4197 an die
Gescht. d. Z.

Fortsetzung der
Nachsch-Verfeigerung
d. verstorb. Fel. Rimanó
ul. Gdańska 76, beim
Speditur Wodtke.
Am Mittwoch d. 9. Nov.
um 10 Uhr vormittags
werde ich noch die zu-
rückgebliebenen, antiken
Möbel verkaufen u. zw.
Schreibstische, Schränke,
Sessel Taburets, Wand-
uhr, Fern. n. Tompl. Büro-
einricht., Restaurations-
Sofas, Büchersthr. Bild.,
Majolika, Bierleidel,
Wajstisch u. Käfigst.
8857 **W. Piechowiat.**

Müllerei in- u. auß.
d. Hause, Gardinen-
Spanner. **E. Winkler,**
ul. Warszawska 8, III Et.
4279

Am Sonntag, dem 6. November, verschied nach
langem schweren Leiden unser lieber Vater, Schwieger-
vater und Großvater, der

Wilhelm Stanelle

im Alter von fast 83 Jahren.
Um stillen Beileid bitten
Die Hinterbliebenen.

Bromberg (Bydgoszcz), den 7. November 1932.
Die BeerDIGUNG erfolgt Mittwoch, den 9. d. M., nachm.
3 Uhr, von der Leichenhalle des alt. evang. Friedhofes aus.

Am 4. November verstarb unser langjähriges
Vorstandsmitglied Herr

Piotr Koszucki

An ihm verlieren wir ein reges und treues Mit-
glied. Wir werden sein Andenken stets in Ehren
halten.

Vorstand und Aufsichtsrat
der Mollerei-Genossenschaft Trzeciowiec

Sp. 3 v. o. 884

Seigen, Gitarren
Mandolinen
Blasinstrumente
und Zubehörteile empl.
zu bedeutend herabge-
setzten Preisen

St. Niewczyk
Fabrikation von Musik-
instrumenten
Bydgoszcz, Sniadeckich 2
Auch für Reparaturen
Preise bedeutend her-
abgesetzt. 8863

Schirmreparaturen
werden schnell u. billig
ausgeführt; auch fause
nicht reparaturfähige
Schirme. **J. Haagen,**
Schirmmacher, 4146
Sniadeckich 28. II.

Blaue Damenschirm
leidn. m. gr. Streif. Sonntag
in der St. Paulstr. 2
abhanden gekommen.
Gegen Belohnung, abzu-
geben in der Geschäfts-
stelle dies. Zeitg. 4200

Beobachtungen - Ermittlungen
erfolgreiche (in Hunderten von Prozessen)
SPEZIAL-AUSKUNFTE
(über Vorleben, Ruf, Führung, Umgangs,
Einkünfte usw.) zuverlässig bei mäßigen
Gebühren durch das langjährig bekannte
Ermittlungs-Institut **Preis, Berlin W. 61,**
Tasentzienstrasse-5. 8866

**Restaurations-
Sofas, Büchersthr. Bild.,
Majolika, Bierleidel,
Wajstisch u. Käfigst.**
8857 **W. Piechowiat.**

Bomb-Federtwagen
gut erhalt., Bomben-
geschütz., auf 350 zł., zu
verkaufen. Zu erfrag.
Jasna 23, I r. 4187

Balken, Kantholz
und Schalbretter
verkauft billig
Sägewerk Meyer,
Fordonska 48. 4201

Montag, den 14. November 1932, 20 Uhr
im Civilkasino:

Das Dresdner Streichquartett

Programm: Mozart: B-dur Jagdquartett
Beethoven: op. 59/I F-Dur
Dvorak: op. 51 Es-dur

Eintrittskarten für Mitgl.: 3.60, 2.95, 1.95 zł, für Nichtmitgl. 4.20,
3.55, 2.55 zł zuzügl. gesetzl. Arbeitslosensteuer in der Buchhandl.
E. Hecht Nachfolger, ulica Gdańska 27. 8851

Restaurant „Sanatorium“
ul. Pomorska 50
Dienstag, den 8. November 1932,
gr. Schweineschlachtfest

verbunden mit Würstchen,
frisch aus dem Kessel, Eisbein, Flaki und ver-
schiedene andere Leckerbissen.
Küche unter Leitung des Warschauer
Küchenchefs Herrn Fręsko,
Es ladet höchlichst ein **Der Wirt.**

Deutsche Bühne
Bydgoszcz T. 1.
Donnerstag, d. 10. Nov.,
abends 8 Uhr

Festvorstellung 3. Feier
des 12jährigen Be-
stehens der Deutschen
Bühne und zur Feier
der Wiederverkehr von
Schillers Geburtstag

Maria Stuart
Trauerspiel
in 5 Aufzügen
v. Friedrich v. Schiller.
Eintrittskarten wie
üblich.
Den Abonnenten
bleiben ihre Plätze bis
einschließlich Mittwoch
reserviert.
Die Zeitung.

Frida Rosenbaum, 8792
Podwoliczyska Nr. 60 Malopolska

Wohnungen
Wohnung, 8 Zimmer,
i. Rechtsanw. od. Arzt
geeign., zu verm. 4207
Cieslawillega 22.
Sonntige
3-Zimmer-Wohnung
1. Etage, sof. zu vermiet.
Off. m. Ang. d. Berl. unt.
E. 4099 a. d. Gescht. d. Ztg.

Möbl. Zimmer
Möbl. Zimmer mit
2 Betten zu verm. 4096
Promenada 1, Hof. I. Et.
Möbl. Zimmer z. verm.
4150 Pomorska 3, W. 4.
Möbl. Zimmer mit
Benson zu vermieten
Kowy Rynel-12. 4011-8855

Pommerellen.

7. November.

Graudenz (Grudziaz).

Verkehrsschwierigkeiten

sind dazu da, daß sie überwunden werden. Sie treten in der jetzigen Zeit der wirtschaftlichen Krise mit dem daraus resultierenden Nachlassen der Eisenbahnbenutzung gewiß recht selten auf.

Man sollte meinen, daß in einem solchen Falle die Bahnverwaltung durch Bestellung eines größeren Zuges bzw. durch Anhängung der erforderlichen Wagen dem Beförderungsbedürfnis der Passagiere, denen doch am Schalter die Fahrkarten verabreicht worden waren, hätte entsprechen müssen.

Daß solche unvorhergesehene Verzögerung für viele der Zurückgebliebenen, unter denen sich übrigens nicht bloß von der kirchlichen Woche Rückkehrende befanden, persönliche Unannehmlichkeiten oder gar wirtschaftliche Nachteile im Gefolge haben kann, liegt auf der Hand.

X Diphtherie. Laut Feststellung des Kreisarztes Dr. Lachowski ist leider wahrzunehmen, daß bei uns die Diphtheritis immer öfter auftritt, und daß trotz frühzeitiger Einspritzung des Vorbeugemittels manchmal Komplikationen vorkommen, ja sogar Todesfälle.

X Von einem Raubüberfall wurde der Polizei in Komornik Mitteilung gemacht. Danach sollen am 29. v. M., 9 Uhr abends, auf der Chaussee in Gr. Komornik ein Mann namens Franciszek Delewski und sein Stiefsohn Leon Holc von Banditen überfallen und um 5000 bzw. 1000 Zloty beraubt worden sein.

X Das nutzlose Herumlängern der arbeitslosen Jugend, besonders zur Winterzeit im Schalteraum des Postamts, in den Bahnhofswartehäusern usw., ist gewiß eine sehr betrübliche Erscheinung.

t Wochenmarktbericht. Beschickung und Verkehr des letzten Wochenmarktes waren sehr lebhaft. Butter kostete 1,50-1,70, Eier 1,80-2,00, Glumse 0,15-0,40 pro Stück.

bis 2,00 das Stück, Tauben 1,00 das Paar, Wildenten 2,00 bis 2,25, Rebhühner 1,20 das Stück; Hasen 3,50-4,50; Apfel 0,30-0,50, Birnen 0,60, Weintrauben (ausländische) 1,70 bis 1,80, getrocknete Pflaumen 0,90-1,00; Weißkohl pro Zentner 2,50, per Pfund 0,04-0,05, Rotkohl 0,10, Rosenkohl 0,30, Blumenkohl das Köpfchen 0,20-0,60, Spinat 0,30, Mohrrüben 0,10, Wurzeln 0,10, Zwiebeln 0,15, Tomaten 0,30, Kartoffeln 2,00-3,00 pro Zentner, 0,08-0,04 pro Pfund, Grünzeug das Bündchen 0,10-0,15; auf dem Fischmarkt gab es Hechte zu 0,80-1,10, Neunaugen 0,80, Schleie 0,90-1,00, Plöke drei Pfund 1,00, große Kalle 2,00. Der Blumenmarkt wies im allgemeinen die jetzt üblichen Preise auf.

Thorn (Torun).

Ermäßigung der Schlachtgebühren?

Der bereits seit Mitte August d. J. anhaltende Streit des Thorer Magistrats mit der hiesigen Fleischerinnung, der der Stadt einen ganz bedeutenden Schaden, es handelt sich um fast 100 000 Zloty, verursacht hat, soll, wie die hiesige Presse zu berichten weiß, in den nächsten Tagen liquidiert werden.

Augenblicklich unterliegt die Situation nach der Bestätigung des Statuts durch den Wojewoden einer gewissen Entspannung. Es steht nunmehr zu erwarten, daß der für die Stadt so verhängnisvolle und kostspielige Streit in den nächsten Tagen liquidiert wird.

- 1. für Hornvieh bis 150 Kilo Gewicht auf 6,50 Zloty;
2. für Hornvieh bis 250 Kilo auf 9,00 Zloty;
3. für Hornvieh über 250 Kilo auf 11,50 Zloty;
4. für Schweine auf 7 Zloty;
5. für Kälber, Schafe und Ziegen auf 3,25 Zloty.

Die Herabsetzung der Gebühren bis zu den obigen Normen hält der pommerellische Wojewode unter Berücksichtigung des Umstandes, daß der Stadt durch den mit dem Augenblick der Erhöhung der Tarife einkehrenden Ausfall der Schlachtungen seitens der hiesigen Fleischer im städtischen Schlachthaus ein ganz erheblicher Schaden entsteht, für unbedingt erforderlich.

Das Statut über die Zwangsschlachtungen im städtischen Schlachthaus wurde mit folgenden Änderungen bestätigt: In § 15 - an Stelle der vom Magistrat vorgeeschlagenen 200 Kilometer - 100 Kilometer, weiter wurden die Worte „przetworow miesnych“ (Fleisch-Erzeugnisse) als mit den verpflichtenden Vorschriften in Widerspruch stehend gestrichen.

Der Wasserstand der Weichsel betrug Sonnabend früh fast unverändert 0,78 Meter über Normal. - Eingetroffen sind die Dampfer „Leonora“, „Bajka“ und „Warneńczyk“ aus Warschau, „Warszawa“ aus Dirschau und „Faut“ aus Danzig. Abgefahren sind die Dampfer „Bajka“, „Warszawa“ und „Faut“ nach Warschau, „Warneńczyk“ nach Dirschau und „Leonora“ nach Danzig.

Eine Revisions-Kommission aus Warschau arbeitete am Freitag und Sonnabend im hiesigen Finanzamt (Urząd Starowy). Über den Zweck der Revision ist nichts verlautbar geworden.

Die Abiturientenprüfung als Extraner bestand im hiesigen polnischen Knaben-Gymnasium der Lehrer Ernst Mey aus Ostloischin (Otoczyn) hiesigen Kreises.

Der Präses der Danziger Eisenbahndirektion, Direktor Dobrzanski, weilte am Freitag mit mehreren Ingenieuren und Architekten in Thorn. Die Herren beabsichtigen das für die Eisenbahndirektion bestimmte Gebäude (ursprünglich für die Wojewodschaft bestimmt), um sich hier über die erforderlichen Umbauten usw. schlüssig zu werden.

„Zwikel“ für Thorn gefordert! In einer Zuschrift an das „Słowo Pomorskie“ beklagt sich eine Mutter darüber, daß die bisher in Einzelkabinen vorgenommene Quarzlampebestrahlung in der Krankenkasse jetzt auf Anordnung des leitenden Arztes aufgehoben wurde.

Zu dem Eisenbahnunfall, der sich Sonnabend früh an der Uferbahn ereignete, ist noch nachzutragen, daß der Güterzug aus 23 mit Zucker beladenen Waggons bestand. Wie an der aus dem Geleis gesprungenen Maschine zu erkennen war, hat der Lokomotivführer außerordentlich scharf gebremst.

Die Not des Winters zieht langsam heran u. bedroht unzählige Volksgenossen, die, trotz ihres Arbeitswillens, keine Beschäftigung finden. Ebenso leben viele arme Alte in größter Sorge. - Alle, die sich im größten Vertrauen, täglich an unsere Geschäfte stellen. Wenn wir während der Sommermonate auch in den schlimmsten Kälten helfen konnten, so stehen wir doch der Not des Winters machtlos gegenüber.

Graudenz.

Mittwoch, den 9. 11. 32 Schluss des Verkaufs

Gute Bücher für wenig Geld

Gute Noten für wenig Geld

weihnachtsgeschenke. Arnold Kriedte Grudziaz, Mickiewicza 10.

Graudenzer Ruderverein z. t. Mittwoch, den 23. Novbr. 1932, um 20 Uhr: Ordentliche Haupt-Versammlung im Klubzimmer der Loge (Wybickiego).

Der Vorstand. J. U.: Karl Meißner.

Der Frauenhilfsverein Grupa veranstaltet am Donnerstag, dem 10. d. Mts. im „Roten Adler“ in Draga ein Wohltätigkeitsfest

Konzert, Vortrungen und Tanz Anfang 4 1/2 Uhr Eintritt 0,50 zfl Gaben werden dankend angenommen. Der Vorstand.

Voln. Unterricht erteilt billigt 8886 Frau Andrzejewski, Lipowa 96.

Paßbilder in 1/2, Standelieferbar nur bei 8563 Hans Dessonneck, Photograph Józ. Wybickiego 9.

Uebersetzung, sowie Umschreibungen in Maschinen- u. dtisch. polnisch, werden solide und billig ausgeführt

Emil Romey Paplerhandlung Toruńska Nr. 16 Telef. Nr. 438. 8722

Dauerwellen, ohne Elektricität - Gefährlos Mehrjährige Erfahrg.

Wasserwellen in exakter Ausführung Salon A. Orlikowski, am Fischmarkt. 8830

Auto-Taxen und Privat-Autos zu jeder Tageszeit. Auf Anruf sofort. M. Karau, Marsz. Pocha 22, Telefon 488.

Für Konzerte Gesellschaften u. Tanz, empfiehlt sich 8070 Kapelle R. Jeske, Bpowa 102.

Die Not des Winters zieht langsam heran u. bedroht unzählige Volksgenossen, die, trotz ihres Arbeitswillens, keine Beschäftigung finden. Ebenso leben viele arme Alte in größter Sorge. - Alle, die sich im größten Vertrauen, täglich an unsere Geschäfte stellen. Wenn wir während der Sommermonate auch in den schlimmsten Kälten helfen konnten, so stehen wir doch der Not des Winters machtlos gegenüber.

Kleider u. Wäsche Besen, Bürsten, Schuwerkzeuge, Ausklopper, Wäschelein, u. Klammern empfehlen zu herabgesetzten Preisen Bernhard Leiser Sohn Torun, sw. Duchta 21, Tel. 391. 8798

Strümpfe werb. mit Maschine gestricht. Frau Streif, Jaglarsta 10, 11. u. Petroleum fertigt an Szerofa 18, Hof 3 Tr. 8080

Der Deutsche Frauenverein T. z., Torun veranstaltet am Sonntag, dem 13. Nov. 1932 4 Uhr nachmittags ein Wohltätigkeitsfest

Milde Gaben, Lebensmittel usw. bitten wir am Sonntag, dem 13. November 1932, vorm. im Deutschen Heim abgeben zu wollen. Wir bitten des wohltätigen Zweckes willen um zahlreichen Besuch aus Stadt und Land. Der Vorstand.

PIANOS schwarz Nußbaum und Eiche ganz besonders billig GebrüderTews Möbelausstattungshaus Torun Tel. 84 8451 Mostowa 30

Berf. Schneiderin für Kleid., Mant., Kostüme empf. i. auß. d. St., auch auf Güter. 2x täglich. Off. unt. 2 92b an Ann.-Exped. Wallis, Torun

Büroraum zu vermieten Torun, Mostowa 16, Telefon 1409. 8819

Culmsee Culmseer Geschäfts-Privat- und Familien-Anzeigen gehören in die Deutsche Rundschau

Die Deutsche Rundschau wird in Culmsee und in der Umgebung in vielen deutschen und auch polnischen Familien gelesen. Bestellungen von Anzeigen sowie neue Abonnements zum Bezüge der Deutschen Rundschau nimmt jederzeit entgegen die Vertreibsstelle Lindemann in-Culmsee.

Arbeitsarbeiten wurde noch am Vormittag begonnen und sie wurden von einem zahlreichen Publikum mit größtem Interesse verfolgt.

Die Feuerwehr als "Mädchen für alles". Auf dem Hofe der früheren Dampfzuckerfabrik von Mag Hoppe in der Bachstraße (ul. Strumylowa), in der sich jetzt ein Fleischereibetrieb befindet, geriet Sonnabend nachmittags ein Pferd in den offenstehenden Schacht der Kanalisation, in dem sich die Wasseruhr befindet. Das arme Tier versank mit angezogenen Vorderbeinen bis zum Kopf in der Tiefe und mußte bis zum Eintreffen der alarmierten Feuerwehr warten, die es mittels eines Kranes aus seiner unangenehmen Lage befreite. Erfreulicherweise ist es ohne Verletzungen davongekommen. Die Wasseruhr wurde dagegen zertrümmert und wegen des ausströmenden Wassers mußte der betreffende Strang abgeperrt werden. Der Vorfall hatte einen gewaltigen Menschenauflauf zur Folge.

Verschlagnahmte wurden während des Freitag-Wochenmarktes auf der Neustadt einem hiesigen Manne und einer aus dem Kreise Nieszawa (Kongreßpolen) stammenden Frau eine bzw. zwei Briefstaben. Die Tierchen, die zum Verkauf angeboten waren, wurden dem Bezirksverband der Briefstabenzüchter beim DOK VIII übergeben. Gegen die Verkäufer ist eine Untersuchung im Gange. — An demselben Tage wurde wiederum ein falsches Geldstück beschlagnahmt, diesmal im "Werte" von 2 Zloty.

Eine Rekordzahl von Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften meldet der letzte Polizeirapport, nämlich 23 Fälle! Außerdem gelangten noch eine Zuwiderhandlung gegen sanitätspolizeiliche Bestimmungen und zwei Verstöße gegen die Vorschriften der Eisenbahn zur Protokollierung. An Eigentumsvergehen gelangten vier kleine Diebstähle zur Kenntnis der Polizei. — Unter Diebstahlsverdacht wurden zwei Personen verhaftet.

ef. Briefen (Wabrzejno), 6. November. Der Frau Helena Czarnacki in Sztyno wurde eine Rolle Leinwand sowie 20 Zloty Bargeld gestohlen. Der Polizei ist es gelungen, die Täter zu ergreifen. — Ab 1. d. M. ist der Autobusfahrplan Briefen-Grandez geändert worden und zwar verkehren die Autobusse nunmehr folgendermaßen: ab Briefen um 8.10, 13.50, 19.00 sowie Sonntags und Feiertags noch um 20.15, an Briefen um 8.00, 13.05, 18.55, sowie Sonntags und Feiertags noch um 20.15. — Bei dem Landwirt Pawlak in Hohenkirch drangen Diebe in den Stall ein und schnitten den Pferden die Schwänze ab. Bei dem Besitzer Paluch in Deutsch-Popaffen leisteten sie sich dasselbe Verbrechen.

m. Dirschau (Czeczow), 5. November. Der hiesige Magistrat gibt bekannt, daß alle männlichen Personen des Jahrganges 1912 und auch älterer Jahrgänge, welche sich bisher nicht zur Stammtabelle gemeldet haben, sich bis zum 8. d. M. im Magistrat Zimmer 9-10 zu stellen haben. Geburtsurkunde und Zeugnisse sind vorzulegen.

m. Dirschau (Czeczow), 6. November. In einer der letzten Nächte drangen bisher unbekannte Diebe in das Manufakturwarengeschäft von Wisniewski an der Ecke der Berlinerstraße ein und entwendeten Mäntel, Anzüge, Weißwaren und Strümpfe. Der Schaden beträgt ca. 1000 Zloty.

Ein zweiter Einbruchdiebstahl wurde in das Geschäft des Kaufmanns Witostawski am Markt verübt. Hier jedoch wurden die Einbrecher noch rechtzeitig verscheucht. — Ein dritter Diebstahl wurde gestern am hellen Tage in der Wohnung des Herrn A. Schulz an der Balbauerstraße verübt. Während der Abwesenheit des Wohnungsinhabers wurde die Türe mittels Nachschlüssels geöffnet und Anzüge, Tischdecken, silberne Teller und andere Wertgegenstände gestohlen. — Der hiesigen Bahnpolizei abgeliefert wurde der siebenjährige Raubmörder Witostawski aus Jaroschin, welcher bis nach Danzig gelangt war und dort verurteilt, sich auf ein Auswandererschiff nach Argentinien einzuschleichen. — Bis Sonnabend, 12. d. M., ist des Nachts die Löwen-Apothek an der Langestraße geöffnet.

d. Gdingen (Gdynia), 6. November. Feuer entstand gestern früh in der Mühle im Hofen, wo mehrere Säcke mit Palmennüssen in Brand geraten waren. Dank der schnellen Hilfe der Hafenfeuerwehr wurde der Brand schnell gelöscht. — Die schon lange erwarteten Stadtverordnetenwahlen werden gemäß der Verordnung des Wojewoden im Dezember d. J. stattfinden. Gewählt werden 10 Mitglieder, während 10 Stadtratsmitglieder ernannt werden. Die Wahlvorbereitungen haben schon begonnen. — Selbstmord zu begehen versuchte gestern eine 25jährige Person, die eine größere Menge Essigsäure zu sich nahm. In bedenklichem Zustande wurde sie ins Krankenhaus gebracht. — Die Bureau der Krankenkasse werden vom 1. Januar von der Hafenstraße ins Zentrum der Stadt verlegt, wo sie in der Kosciuszkostraße untergebracht werden. — Ein größeres Schadenfeuer entstand gestern abends im Hause des H. Bukowski, wo aus unbekannter Ursache die Inneneinrichtung eines Zimmers in Brand geraten war. Trotzdem das Feuer bald gelöscht werden konnte, ist der entstandene Sachschaden sehr bedeutend.

d. Gdingen (Gdynia), 6. November. Eine gefährliche Diebstahlsbande konnte heute von der Polizei unschädlich gemacht werden. Die Täter Olejniczak, Kufala und Sobczak gaben zu, in der letzten Zeit 9 Diebstähle verübt zu haben. — Selbstmord beging gestern die Kantinenwirtin Machowska, indem sie eine größere Menge Essigsäure zu sich nahm. In bedenklichem Zustande wurde sie ins Krankenhaus gebracht, wo sie bald darauf verstarb. Der Beweggrund war unglückliche Liebe. — Die Liquidierung der Verkaufsstände auf dem Gemüsemarkt, die am 30. v. M. durchgeführt werden sollte, ist auf die Bitte der Markt-Kleinkaufleute auf unbestimmte Zeit vom Wojewoden verschoben worden. — Einen gewagten Einbruch verübten heute nachts unbekannte Täter im Konfektionsgeschäft „Galina“ in der Danzigerstraße. Die Diebe drückten die Schaufensterscheibe ein und stahlen verschiedene Wollwaren im Werte von 100 Zloty. — Eine größere Schmuggellehrbande, die Tabak von Schiffen an Land schmuggelte, wurde von der Zollbehörde aufgedeckt. Die Täter, Hafenarbeiter und Matrosen, wurden sämtlich verhaftet.

h. Konitz (Chojnice), 5. November. Wie uns mitgeteilt wird, sind jetzt auch die letzten Sachen, die Herrn Ulanowski seinerzeit gestohlen worden waren, gefunden und dem Bestohlenen zurückgeführt worden. Die Gegenstände wurden bei Hehlern in Bromberg entdeckt, das goldene Armband bei einem Uhrmacher, der es bereits eingeschmolzen hatte. — Zwei Brüder aus Konitz waren sich über eine Angelegenheit nicht ganz einig und sie wählten als paffendsten Verhandlungsort den Markt aus, wo sie ihre verschiedenen Meinungen sich handgreiflich klar zu machen

versuchten. Da die Prügel, die sie sich gegenseitig ansteiften, aufseiner nicht überzeugend genug waren, zog der eine das Messer und stach es dem anderen in den Leib, so daß eine Operation vorgenommen werden mußte. — Ins Gerichtsgefängnis eingeliefert wurde eine Person, die versucht hatte, sich mit einem Rasiermesser die Pulsadern am Handgelenk zu öffnen. Was sie zu der Tat gezwungen hatte und weshalb sie verhaftet wurde, ist unbekannt. — Unter dem Vorsitz der Herren Tuptanowski-Czerk und Hamerski-Konitz fand die Gesellenprüfung im Friseurergewerbe statt, wobei die drei Lehrlinge die Prüfung bestanden. — Eine interessante Sitzung des Landbundes fand in Osterwitz statt. Hauptgeschäftsführer Duch sprach über Hypothekenangelegenheiten. Herr Phal aus Konitz gab über Steuererfragen Aufschluß und machte die Mitglieder darauf aufmerksam, daß sämtliche Reklamationen für die Mitglieder vom Landbund gratis ausgeführt werden.

h. Lautenburg (Widzbark), 5. November. Wie bereits mitgeteilt, wurde in der Nähe des jüdischen Friedhofes der Einwohner des Dorfes Jamielnik Josef Radowski von zwei Banditen überfallen, zu Boden geworfen und um 3050 Zloty Barzahlung beraubt. Der Polizei ist es gelungen, die Täter zu ermitteln und ins hiesige Gerichtsgefängnis einzulieferen. Es sind dies der 31 Jahre alte J. Gutowski (ein Zuchtshäusler) und der 16jährige Fr. Malborski, beide aus Czarny-Brzysk. Die Banditen haben den Überfall eingestanden. Das geraubte Geld wurde nicht gefunden.

M. Mewe (Gniew), 6. November. Die steuerzahlenden Bürger der Stadt hielten im Zentralhotel eine Versammlung ab, in welcher einstimmig beschlossen wurde, gegen die zu hohe Einschätzung Protest zu erheben und eine Delegation zu wählen, welche bei der Szba Starbowa in Grandez die überaus traurige Wirtschaftslage schildern und eine dementsprechende Resolution niederlegen soll. Durch die Liquidierung des Kreises und Verlegung von Ämtern, den Fortzug vieler Bürger usw. sind Handel und Wandel fast vollständig zum Stillstand gekommen. Sämtliche Fabrikanlagen wie Ziegelei, Zuckerraffinerie, Mühlen, Brauereien und andere große Unternehmungen sind eingegangen. Die Bürger senzen unter den kommunalfast und anderen Abgaben. Die Notstandsarbeiten, unter eigener Regie der Stadt ausgeführt, haben bei der steuerzahlenden Bürgerschaft große Unzufriedenheit hervorgerufen. Mewe ist keine Industriestadt. Die große Zahl der Arbeitslosen besteht fast ausschließlich aus zugezogenen Landarbeitern. Daß man diese für die gewährte Unterstützung zu beschäftigen sucht, ist verständlich, aber bitter rächt sich die völlige Ausschaltung des privaten Unternehmers. Bangeschäfte sollen große Steuern aufbringen, haben aber kein Einkommen. Nach einer durchgeführten Statistik des Hausbesitzervereins hat Mewe sieben leere Läden und 63 leere Wohnungen. Wie soll der Hausbesitzer Steuern und Hypothekenzinsen aufbringen, wenn die Wohnungen leerstehen. Der Zustand der Stadt Mewe ist geradezu katastrophal und durch die übertrieben hoch angelegte Steuerbelastung, die das Maß und die Kraft der Bürger übersteigt, gehen die Bürger einem kompletten Ruin entgegen. — In hiesiger Stadt ist der bisherige Bürgermeister Golinz von seinem Amt zurückgetreten. Für die zu besetzende Bürgermeisterstelle ist eine Neuwahl ausgehrieben.

O. Manksterwalde, 6. November. Da der Kriegsinvalide Szapaniski, wohnhaft hier selbst, am 1. d. M. seine Kriegsinvalidenrente nicht ausgezahlt erhielt, begab er sich per Rad nach Mewe (Gniew) zum Invalidenverband, um dort Einspruch zu erheben. Ein Lastauto fand Szapaniski am Thymaner Berge tot neben seinem Rade liegen und der Chauffeur meldete dies der Polizei, welche das Weitere veranlaßte. Jedenfalls ist der Tod des Szapaniski die Folge seines Herzleidens gewesen, wozu noch die Anstrengung auf dem Rade in den Bergen hinzukam. Die Leiche ist zur Beerdigung freigegeben.

p. Neustadt (Wejherowo), 5. November. Der gestrige Pohl-Fahrmarkt hat ein großes Fiasko erlitten. Auf dem Viehmarkt herrschte großer Auftrieb, jedoch wurden fast keine Umsätze erzielt. Einige Kühe brachten 180-220 Zloty. Minderwertige Objekte brachten 25-100 Zloty. Sehr viele Pferde waren aufgetrieben, aber nur schlechtes Material zu 30-80 Zloty gehandelt. — Dem Konfektionsarbeiter Kaczka, Danzigerstraße, wurden Wollwaren gestohlen. Dem Dieb konnte aber der größte Teil wieder abgenommen werden. — Dem Kaufmann Polewicki am Markt wurde gleichfalls ein Warenbestand im Werte von einigen hundert Zloty gestohlen. Auch er erhielt einen Teil der Diebesbeute zurück.

a. Schweg (Swiecie), 4. November. Diebe brachen bei dem hiesigen Maschinenbauer Marjan Prabucki ein und entwendeten Garderobe im Werte von 1000 Zloty. Energetische Nachforschungen brachten einen Teil der Sachen ans Tageslicht. Nach den Dieben wird eifrig gefahndet. — Am 1. d. M., nachts 3 Uhr, begab sich ein Dienstmädchen an die Weichsel, um sich das Leben zu nehmen. Sie stürzte sich in die Flut, wurde aber von in der Nähe befindlichen Fischern beobachtet und gerettet. — Auf dem hiesigen Standesamt wurden in der Zeit vom 1.-31. Oktober d. J. 35 Anmeldungen registriert, und zwar 15 Geburten (8 Mädchen, 7 Knaben), 9 Eheschließungen und 11 Todesfälle.

Stargard (Starogard), 5. November. Durch Feuer, das durch Unvorsichtigkeit auskam, wurde dem Besitzer Pawel Gmielewski in Semlin hiesigen Kreises eine Scheune mit Getreide und landwirtschaftlichen Maschinen eingeebnet. Dem Schaden von ungefähr 5000 Zloty steht eine Versicherung von nur 1250 Zloty gegenüber.

g. Stargard (Starogard), 5. November. Der deutsche Frauenverein veranstaltete am vergangenen Donnerstagsabend in der Turnhalle einen Bazar zum Wohle der Armen, der sich eines großen Besuches erfreute. Zur Unterhaltung wurde geboten: Ein Spiel (Im Puppenladen), ausgeführt von den Schülerinnen und Schülern der deutschen Mittelschule; ferner wurde ein Lustspiel in 2 Akten (Obi als Regierungspräsident) aufgeführt. Beide Aufführungen ernteten starken Beifall. Später trat der Tanz in seine Rechte. — Ein Einbruch wurde bei Herrn Jan Loboeki, Warschawka-Straße, verübt. Garderobestücke im Werte von 233 Zloty fielen den Dieben in die Hände. — Ein Rad wurde Leon Dubielka aus Rajmus in der Warschawka-Straße im Werte von 120 Zloty gestohlen. — Aus einem verschlossenen Stall in der Friedrichstraße (Kosciuszki) 97 wurden zwei Räder im Werte von 50 und 170 Zloty gestohlen. — Bei dem Besitzer Paul Gmielewski aus Semlin hiesigen Kreises ist die Scheune abgebrannt. Der Schaden beträgt 5000 Zloty, doch ist der Schaden durch Versicherung gedeckt.

P. Bandenburg (Wiechork), 6. November. Einen dreifachen Einbruch verübten Diebe des Nachts bei dem Besitzer L. Seehamer im nahen Penperfin. Die Täter drangen, nachdem sie eine Fensterscheibe entfernt hatten, in die Wohnung und durchstöberten ungestört sämtliche Zimmer, wobei ihnen nur an 600 Zloty Bargeld in die Hände fielen. Ferner ließen die Diebe einen Pelz, eine Marmorstanduhr sowie einige Wirtschaftsgüter mitgehen und entkamen mit ihrer Beute in unbekannter Richtung. — Auf dem letzten Wochenmarkte kostete das Pfund Butter 1,50, Eier die Mandel 1,80. Auf dem Schweinemarkt brachte das Paar Ferkel 22,00-30,00 Zloty.

y. Strassburg (Widnica), 4. November. Auf dem gestrigen Vieh- und Pferdemarkt herrschte trotz des schlechten Wetters reges Treiben. Das Angebot an Vieh war sehr stark. Viel gekauft wurden ältere Kühe im Preise von 60-100 Zloty. Der Auftrieb an Pferden war mittelmäßig. Luxusperde waren gar nicht vorhanden. Gute Arbeitspferde konnte man für 200-300 Zloty erstehen.

Landfunk-Programm.

Mittwoch, den 9. November.

Rögniswieshausen. 06.35: Von Berlin: Konzert. 09.00: Berliner Schulfunk. 09.30: William Bauer: Beschäftigungsfunde für Unbeschäftigte. 10.10-10.50: Von Hamburg: Schulfunk. 12.00: Wetter. Anschl.: Beethoven: Quartett in Cis-Moll, Op. 131 (Schallplatten). 14.00: Von Berlin: Konzert. 15.00: Jugendstunde. Herbert Dahn: In der Wüste — Auf Kamelen — Am toten Meer. 15.45: Frauenstunde. Olga Reiser: Erlaubtes und Unerlaubtes auf dem Lebensmittelmarkt. 16.00: Pädagogischer Funf. Schd.-Mat Dr. Franz Heide: Vom Volksorganisations. Denken zur Schulreform. 16.30: Von Hamburg: Konzert. 17.30: Landgerichtsdirektor Dr. Helmuth Lehmann: Deutsche und fremde Erbmasse im deutschen Recht (I). 18.00: Dr. P. Panoff: Ostliche Volksmusik (mit Schallplatten). 18.30: Prof. Fritz Kern: Volk und Rasse (II). 18.55: Wetter. Kurzbericht des Drahtlosen Dienstes. Anschl.: Englisch. 19.35: Stunde des Beamten. 20.00: Von Leipzig: Unterhaltungsstunde. 21.00: Tages- und Sportnachrichten. 21.10: Von Königsberg: „Turandot, Prinzessin von China“. 22.20: Wetter, Tages- und Sportnachrichten. Anschl. bis 24.00: Von Wien: Abendkonzert.

Breslau-Schweid. 06.35: Von Berlin: Konzert. 11.30 ca.: Von Leipzig: Konzert. 18.05 ca.: Schallplatten. 14.05: Schallplatten. 15.40: Elternstunde. 16.15: Zur Unterhaltung. 16.45: Das Buch des Tages. 17.40: Zwiegespräche, bearbeitet von Bruna Seidler-Winfler. Hans Laqua, Bariton; Ilse König, Sopran. 18.30: Bekämpfung angeborener Krankheiten. 18.50: Von Gleiwitz: Heitere Abendmusik. 20.30: Hans Pflüger dirigiert eigene Werke. Gisela Dersch, Sopran; Schles. Philharmonie. 22.50-24.00: Von Wien: Abendunterhaltung.

Rögnisberg-Danzig. 06.35: Schallplatten. 06.00: Schulfunkstunde. 11.05: Landfrauenfunk. 11.30: Von Leipzig: Konzert. 18.05-14.30: Schallplatten. 15.30: Kinderfunk. 16.00: Elternstunde. 16.30: Von Hamburg: Konzert. 17.30: Bühgerstunde. 18.30: Brücke-Untericht. 19.00: U. d. Stadthalle: Ausschnitt aus der Feler anlässlich des 50jährigen Jubiläums der Herdubuggesellschaft. 19.20: Tanz-Abend. H. Drag-Orb. 21.10: „Turandot, Prinzessin von China“. Ein tragikomisches Märchen nach Gozzi v. Friedrich von Schiller. Musik von Carl Maria von Weber. 22.20: Wetter, Nachrichten, Sport. Anschl. bis 24.00: Von München: Nachtmusik.

Warschau. 12.10-13.20: Schallplatten. 16.25: Schallplatten. 17.00: Schallplatten. 18.00: Tanzmusik. 20.00: Leichte Musik. Chansons. 20.45: U. d. Konservatorium: 100. Veranaltung der Muffkreunde alter Musik. Witw.: Kammerorch., Dir.: Mierzejewski. Solisten: Dzierziewica, Sopran; Lesjaska, Sopran; Rabenewicz, Klavier; Luczak, Baß; Ruitkowski, Orgel. 22.15: Tanzmusik. 23.00-24.00: Tanzmusik.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Senders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk "Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

Billi B. in Wyrzysk. Nach Art. 12 des Gesetzes über Abänderung der Gewerbesteuer vom 19. Dezember 1931 brauchen Sie die Gewerbesteuer nicht als Umsatzsteuer, sondern nur in der Form des Patentes zu bezahlen; aber eine Handwerkerkarte ist dabei unerlässlich.

Alter Abonnent 1000. I. Es kommt darauf an, wann der Erbvertrag abgeschlossen worden ist. Stammt der Vertrag aus der Zeit, da der Goldzloty noch etwa gleichwertig war mit dem Goldfranken, dann ist für jeden solchen Goldzloty 1,72 des jetzigen Goldzloty oder Papierzloty zu zahlen. Stammt der Erbvertrag aus der Zeit nach dem 13. Oktober 1927, so ist der jetzige Goldzloty gemeint, der mit dem Papierzloty gleichwertig ist. II. Sie sind verpflichtet, dem höher gelegenen Nachbar Vorlauf zu gewähren. Ist zur Ableitung des Wassers die Anlage oder die Vertiefung eines bestehenden Grabens erforderlich, so haben die Kosten diejenigen zu tragen, die davon Vorteil haben. Wenn ein solcher Graben auf Ihrem Grund und Boden anzulegen ist, so müssen Sie auch für den Verlust an Land entschädigt werden. III. Die Pachtung einer Gemeindegabe hat mit der Bewirtschaftung eines Grundstücks nichts gemein, und der Miteigentümer des Grundstücks kann den Bewirtschafteter des Grundstücks nicht daran hindern, sich eine Jagd zu pachten. Etwas anderes ist die Frage, ob der eine der beiden Besitzer die Bewirtschaftung ausüben kann ohne Zustimmung des Miteigentümers. Die Eigentümer des Grundstücks bilden eine Gemeinschaft; die Verwaltung des Grundstücks steht den Eigentümern gemeinschaftlich zu; jeder Teilnehmer ist berechtigt, die dazu erforderlichen Maßnahmen zu treffen ohne Zustimmung der anderen; er kann verlangen, daß die anderen ihre Zustimmung dazu im voraus erteilen. Entstehen Differenzen, die sich nicht ausgleichen lassen, so steht es jedem Mitgliede der Gemeinschaft frei, die Gemeinschaft aufzulösen, was jederzeit geschehen kann. Die Aufhebung der Gemeinschaft erfolgt bei Grundstücken durch Zwangsversteigerung. IV. Zum Führen des Viehes können die Viehbesitzer nicht gezwungen werden, aber sie haben jeden Schaden, den das Vieh an fremden Grundstücken verursacht, dem Geschädigten zu ersetzen.

"Bagio". Einen Kaiser von Preußen hat es nicht gegeben, auch nicht einen Kaiser von Deutschland, sondern einen "Deutschen Kaiser". Der letzte deutsche Kaiser wohnte in Haus Doorn in Holland. Eine nähere Adressenangabe ist nicht erforderlich. Die Adresse ist "Majestät".

"Abonement 1920". 1. Die Schuld beträgt am Schlusse dieses Jahres einschließlich der Zinsen 11.342,50 Zloty. Die Zinsen für 1919 sind verjährt, die vom 1. 1. 1920 bis 30. 6. 1924 werden zum Kapital geschlagen und mit diesem in Zloty umgerechnet. Die Zinsen vom 1. 7. 1924 bis 31. 12. 1927 sind verjährt. Das alles ist bei der oben angegebenen Summe schon berücksichtigt. 2. Die Hypothek ist nach halbjährlicher Kündigung fällig. 3. Die Hypothek wird gelöscht, wenn sie bezahlt ist. Der Käufer der Forderung wird sie doch nicht früher lösen lassen, denn er würde ja damit seinen Rechtstitel auf das Geld aus der Hand geben. Veränderungen solcher Art im Grundbuch können nur im Einvernehmen zwischen Schuldner und Gläubiger vorgenommen werden. 4. Alle Kosten, die sich auf die Hypothek beziehen, haben Sie als Schuldner zu tragen. — Bevor Sie sich auf Verhandlungen mit der Gegenseite einlassen, müssen Sie prüfen, ob der neue Herr in rechtmäßigem Besitze der Hypothek und auch des Hypothekenbrieftes ist. Sobann stellen wir Ihnen anheim, zu prüfen, ob eine 100prozentige Aufwertung gerechtfertigt ist. Eine solche soll nur erfolgen, wenn das mit der Hypothek belastete Grundstück noch denselben Wert hat wie zurzeit der Entstehung der Schuld, also im Jahre 1920. Wir zweifeln sehr, daß dies der Fall ist. Hat das Grundstück aber seitdem an Wert verloren, dann muß dies bei der Aufwertung prozentual berücksichtigt werden. D. h., wenn das Grundstück beispielsweise 60 Prozent an Wert verloren hat, so kann die Aufwertung nur 40 Prozent betragen.

Unveränderter Status

Ausweis der Bank Polki für die dritte Oktoberdekade.

Aktiva:	31. 10. 32	20. 10. 32
Geld in Barren und Münzen	287.215.583,04	286.566.147,55
Geld in Barren und Münzen im Auslande	206.335.673,18	206.335.673,18
Galuten, Devisen usw.		
a) bedeckungsfähige	36.371.560,78	35.727.676,27
b) anders	103.217.693,31	109.100.026,20
Silber- und Scheidemünzen Wechsel	44.621.491,76	45.504.441,92
602.758.555,80	589.690.964,08	
Bombardfordernungen	111.164.463,49	107.868.623,99
Effekten für eigene Rechnung	13.123.110,89	13.193.880,38
Effektenreserve	92.042.271,46	92.042.271,46
Schulden des Staatschages	90.000.000,—	90.000.000,—
Immobilien	20.000.000,—	20.000.000,—
Anderes Aktiva	183.572.664,88	171.313.900,76
	1.790.423.068,59	1.767.343.105,79
Passiva:		
Aktienkapital	150.000.000,—	150.000.000,—
Reservefonds	114.000.000,—	114.000.000,—
Sofort fällige Verpflichtungen:		
a) Girorechnung der Staatskasse	17.232.091,29	16.226.061,23
b) Restliche Girorechnung	103.353.168,87	150.013.320,05
c) Konto für Silbereinkauf	—	—
d) Staatlicher Kreditfonds	—	—
e) Verbriefene Verpflichtungen	9.847.396,30	13.799.440,35
Notenumlauf	1.062.544.010,—	993.756.080,—
Sonderkonto des Staatschages	—	—
Anderes Passiva	333.446.402,13	329.548.204,16
	1.790.423.068,59	1.767.343.105,79

Im Vergleich zur vorangegangenen Dekade haben sich sowohl was die Finanzpolitik der polnischen Notenbankleitung und was die buchmäßige Verflechtung anbelangt, keine größeren Änderungen ergeben. Die Leitung hält nach wie vor an der Sicherheitspolitik durch Deflationen fest. Nach dieser Richtung hin hat sich die letzte Diskontierung nicht im geringsten ausgemildert und trägt nur einen formellen Charakter. Die Goldreserven der Bank wurden um 0,6 Millionen Zloty vermehrt, der Bestand an bedeckungsfähigen Devisen ist um 0,6 Millionen größer geworden, dagegen haben sich die nicht bedeckungsfähigen Devisen um 5,8 Millionen Zloty vermindert. Eine kleine Anspannung erfährt das Wechselkursverhältnis mit einer Zunahme von 13 Millionen Zloty; eine Erhöhung um 3 Millionen weist auch das Bombardkonto auf. Eine Änderung in der Kreditpolitik ist durch diese geringfügige Erhöhung nicht eingetreten. Von besonderer Bedeutung ist aber auf der Seite der Passiva die Position der sofort fälligen Verpflichtungen, die um 49 Millionen Zloty zurückgegangen ist, dabei muß aber berücksichtigt werden, daß dieser Rückgang sich größtenteils auf die Girorechnungen bezieht, die allein in den letzten zehn Tagen von 150 auf 108 Millionen Zloty zurückgingen. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß der Notenumlauf eine Vermehrung von 68,7 Millionen Zloty zu verzeichnen hat, die zum größten Teil aus dem Rückgang der sofort fälligen Verpflichtungen herrühren dürfte.

Der Notenumlauf und die sofort fälligen Verpflichtungen sind mit Gold allein mit 41,37 Prozent gedeckt. Die Gold-Devisendeckung dieser Positionen beträgt 44,2 Prozent. Der Notenumlauf ist mit Gold zu 48,45 Prozent gedeckt.

Polen vor einer Zentralisierung des Obst- und Gemüsehandels.

Dr. Cz. Die in der Presse gebrachte Meldung über die beabsichtigte Gründung eines Verbandes „Dobropolski Zwiazek Importerow, Eksporterow i Przetworcow Owocow i Warzyw“ lenkt die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die Entwicklung dieses Wirtschaftszweiges in Polen. Es gibt wenige Gebiete der Volks-ernährung, auf denen exakt quantitative Zahlenmaterial so spärlich ist, wie auf dem Gebiete der Obstwirtschaft. Gewisse Rückschlüsse können aus dem Außenhandel gezogen werden. Die Zeitperiode von 1926 bis 1930 weist eine anhaltend steigende Einfuhr von Obst auf. Der Import von Äpfeln stieg von 923 Doppelzentner auf 105.884 Doppelzentner, von Pflaumen von 417 Doppelzentner auf 25.034 Doppelzentner, von Kirschen von 5888 Doppelzentner auf 7311 Doppelzentner usw. Im Verhältnis zur Einfuhr ist die Ausfuhr sehr gering. Einem Import von Obst in der Höhe von 233.151 Doppelzentner stand im Jahre 1930 ein Export in der Höhe von 24.307 Doppelzentner gegenüber. Die wertmäßige Einfuhr von Obst befreite sich im Jahre 1930 auf 13,9 Mill. Zloty, die Ausfuhr betrug dagegen nur 1,2 Mill. Zloty. Besonders auffällig ist die große Einfuhr von Äpfeln, obwohl die klimatischen Verhältnisse Polens für die Züchtung guter Apfelsorten recht günstig sind.

Die Gründe für die großen Zufuhren von Obst aus dem Auslande sind in der mangelhaften und unzureichenden Pflege des einheimischen Obstes, in der Vielzahl der im Inlande erzeugten und gebandelten Sorten, in der fehlerhaften Sortierung, Verpackung und Veredelung des inländischen Obstes, und in dessen mangelhafter Verteilung unter die Konsumenten zu suchen. Natürlich sind auch hier die einzelnen Teilgebiete zu unterscheiden.

Neben der unzureichenden und die polnische Warenbilanz nicht unweiselhaft belastenden Einfuhr von Obst, das in Polen selbst erzeugt werden kann, wird in der Presse und in Denkschriften an die maßgebenden Regierungsinstitutionen die Einfuhr von Südfrüchten nach Polen, und zwar vor allem unter dem Gesichtspunkt beantragt, daß die Preise für Äpfel, Bananen, Zitronen usw. die im Ausland geltenden Preise um das Fünffache übersteigen. Auf die hohen Preise wird die Tatsache zurückgeführt, daß der Verbrauch an Südfrüchten in Polen im Vergleich mit anderen europäischen Staaten, die gleichfalls auf Zufuhren angewiesen sind, sehr gering ist. Einem Verbrauch von 4,6 kg. Äpfeln in Deutschland, von 4,7 Kilogramm in Schweden, von 11,9 Kilogramm in Holland pro Kopf der Bevölkerung steht ein Konsum von 0,1 Kilogramm in Polen gegenüber. Ähnlich steht es mit dem Konsum anderer Südfrüchte. Die hohe Preisgestaltung ist zum Teil auf die hohen Zölle, in überwiegenderem Umfange aber auf die mangelhafte Organisation des Obsthandels in Polen zurückzuführen. Die nach Polen eingeführten Südfrüchte wurden bis zum Jahre 1932 über Hamburg und Rotterdam auf dem Landwege nach Polen eingeführt. Die dabei vorhandene Abhängigkeit des polnischen Handels von ausländischen Vermittlern, von fremden Börsen und Auktionen trug zur Vertuerung des Obstes wesentlich bei.

Seit Anfang dieses Jahres ist die polnische Regierung bestrebt, diese Mängel zu beseitigen. Die Zölle sind im Januar bedeutend herabgesetzt worden und zwar auf 2 Zloty je Kilogramm Äpfel, 0,25 Zloty je Kilogramm Zitronen, 1 Zloty je Kilogramm Bananen. Diese ermäßigten Zölle gelten jedoch nur bei der Einfuhr über Gdingen und Danzig. Bei Einfuhr der Südfrüchte über die trockene Grenze beziffert sich die Zölle auf 3 Zloty (1 Kilogramm Äpfel), 0,50 Zloty (1 Kilogramm Zitronen) und 3 Zloty (1 Kilogramm Bananen). Das Ziel, das hiermit angestrebt wird, ist, Südfrüchte nach Polen möglichst durch die heimischen Häfen und möglichst unmittelbar von den Ursprungslandern unter Umgehung Hamburgs oder Rotterdams einzuführen.

Es liegt das Bestreben vor, Gdingen zur Obstbörse zu machen, und damit nicht nur die Preise einseitig zu gestalten, sondern auch den Obsthandel zu regulieren. Man will den Gdingen Hafen mit der Zeit zum Obsthafen für sämtliche osteuropäischen Staaten machen.

Zündholzproduktion in Polen. Die polnische Zündholzproduktion betrug im September dieses Jahres 8500 Kisten, gegen 6000 Kisten im August dieses Jahres. Der Verbrauch an Zündhölzern übersteigt in letzter Zeit die Produktion, so daß der Mehrbedarf durch Vorräte aus früheren Monaten gedeckt wird. Diese Vorräte belaufen sich auf 70.000 Kisten. Gegenwärtig sind in ganz Polen 6 von insgesamt 9 Fabriken tätig.

Firmennachrichten.

Grandenz. Kontroversverfahren über das Vermögen der Firma Hoffmann & Ska., Gurlownia Kolonialna, Lindenstraße (Lipowa), am 31. Oktober, 12 Uhr, eröffnet. Kontroverswalter: Gerichtsssekretär Wilhelm Dreher, Kasernenstraße (Kozlowa) 8. Termine am 30. 11. 32, 10 Uhr, sowie am 28. 12. 32, 10 Uhr, im Bürgergericht.

Starogard. In Sachen des Konkursverfahrens gegen die Firma Starogardzka Fabryka Mebli Lw., Kc. Termin am 24. November 1932, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 14.

Die Krisis, die die polnische Landwirtschaft zurzeit durchmacht, ist in auffallendem Steigen begriffen. Tiefere Gründe hierfür liegen in der wenig befriedigenden diesjährigen Ernte und, namentlich auch in den Beschränkungen, der allgemein ungünstigen Wirtschaftslage des Landes, in den geringen Umsätzen im Innere-handel bei unrationell niedrigen Preisen für geradezu alle landwirtschaftlichen Produkte erster Hand. Eine unerträglich gewordene Kreditnot verschärft noch fängig die Lage, so daß der Landwirt in vielen Fällen vor die Notwendigkeit gestellt worden ist, seine Ernte sofort und vorzeitig zur Abdeckung der alten Zahlungsverpflichtungen zu verkaufen. Trotz der schlechten Ernte finden sich aber wenig Abnehmer für sein Getreide, und auch die ständig sich verringende Zahl von Mähdraht beschränkt ihre Aufäufe aufs Äußerste, so daß die Preise unauffällig weiter heruntergehen. Roggen, der noch im Mai des Jahres 28,50 Zloty per 100 Kilogramm brachte, sank im Juni auf 26,50 Zloty, im Juli auf 22,50 Zloty, August auf 18 Zloty, September auf 17 Zloty und ist jetzt gar auf 14 Zloty per 100 Kilogramm angelangt. Die Stagnation auf dem landwirtschaftlichen Produktmarkt nimmt daher ständig zu. Getreide ist zeitweilig überhaupt nicht los zu werden. Auch der größte Optimist wird sich heute sagen, daß die Landwirtschaft auf diese Weise schließlich ganz zusammenbrechen muß. Für viele Betriebe kommen bereits in allerhöchster Zeit die größten Zahlungsschwierigkeiten, wenn die bis zum letzten Termin hinausgeschobenen Zahlungen der im Herbst fälligen Grundsteuer, Kreis- und Kommunalabgaben und dergleichen mehr geleistet werden müssen. Woher das erforderliche Geld erhalten, nachdem die Ernte bereits realisiert worden ist? Selbst in Gegenden höchster Kultur häufen sich Zahlungsschwierigkeiten an. Hier wirkt sich die Geldverknappung besonders unheilvoll aus, wo eine oft unverhältnißmäßig hohe Überfinanzierung zu einem unverhältnismäßig hohen Lohnkonto noch hinzukommt. Die Situation droht kritisch zu werden, wenn z. B. die Ratenzahlungen der Zuckerrüben für angelieferte Rüben plötzlich eine Zeitlang ganz ausbleiben sollten. Wenn nicht durch staatliche Vermittlung billiger Kredit in ausreichendem Maße der ausgebluteten Landwirtschaft baldigst zugeführt wird; wenn nicht die Ernährungspolitik der Regierung einen festen Kurs einhält und die Getreidezufuhr aus dem Auslande möglichst unterbindet, während sie die Ausfuhr mit allen Mitteln zu fördern bestrebt bleibt, so dürfte das Frühjahr 1933 den Konkurs einer dann erschreckend hohen Anzahl von landwirtschaftlichen Betrieben bringen.

In dieser allgemeinen Wirtschafts- und Kreditnot haben sich die Raiffeisen-Spar- und Darlehnskassen für die Genossen als letzte und sicherste Hilfe erwiesen und bewährt, allerdings nach ihrer Leistungsfähigkeit und innerhalb ihrer statutarisch örtlichen Begrenzung. Nach Lage der Dinge erscheint es aber sehr fraglich, ob die schon seit langem franken Betriebe noch weiter allein auf den Schultern der genossenschaftlich zur Selbsthilfe zusammengeschlossenen Nachbarn (Solidarität) über die weitere Krisenzeit, deren Ende noch gar nicht abzusehen ist, hinweggetragen werden können?

Die Raiffeisenkasse erteilt aus den Spargeldern nur kurzfristige Kredite, die spätestens durch die neue Ernte ganz oder wenigstens zum größeren Teil abgedeckt sein sollen. Sie ist als die Wirtschaftskasse aller Genossen nicht in der Lage, langfristige Darlehen zu erteilen. In einer Wirtschaftskasse muß Zufluß und Abfluß ständig miteinander wechseln. Um dies leichter zu ermöglichen, hat der Gründer das bankmäßige und das kaufmännische Geschäft eng organisch miteinander verknüpft, so daß Betriebskosten und Umsatz übersichtlich bleiben können und ein Ausgleich möglich wird. Es werden daher nicht nur Betriebskredite, sondern auch Warenkredite erteilt; und die Genossen, besonders diejenigen, die Betriebskredite in bar erhalten haben, sind verpflichtet, den Einkauf von Waren aller Art — je nach Notwendigkeit auch den Verkauf ihrer Produkte — durch den genossenschaftlichen Verein zu tätigen. Sie können auf diese Weise in Massenbezug und unter Ausschaltung des Zwischenhandels günstig bedient werden und so sich selbst vor Überverteilung schützen. Zwar trennt eine neue gesetzliche Verordnung das bankmäßige Geschäft der Genossenschaft von dem kaufmännischen; doch können beide Geschäftsarten auch getrennt in oben geschilderter genossenschaftlicher Weise weiter betrieben werden.

Selbstverständlich sehen andere kaufmännische Kreise diesen genossenschaftlichen Bezug von Waren ungern; werden mit den Preisen der Vereine konkurrieren und — sie gelegentlich auch unterbieten! Eine gesunde Konkurrenz soll sein und ist für jeden Geschäftsbetrieb nur fördernd, natürlich erst recht für den genossenschaftlichen. In der Preisbildung der Konkurrenz kann — nicht muß in jedem einzelnen Falle — für die Verwaltungsorgane der Genossenschaft dasjenige Maß gesehen werden, das zu erreichen möglich ist; doch ist hierbei große Vorsicht am Platze, denn nicht jede Konkurrenz handelt aufrichtig. In dem gut durchdachten und seit vielen Jahrzehnten bewährten System Raiffeisens liegt es, daß jeder Genosse bei Preisunterschieden das Recht hat, die Verwal-

tungsorgane hierauf aufmerksam zu machen und schließlich noch in der Generalversammlung auf Abstellung zu dringen.

Leider aber herrscht trotz der Notzeit und der von wahrhaft christlicher Befinnung getragenen Hilfe der Genossenschaft noch viel zu wenig Disziplin bei einem großen Teil der Vereinsmitglieder. Die Vorteile, die ihnen der genossenschaftliche Zusammenhalt bietet, werden gern ausgenutzt; jeder anfcheinende Mißstand dagegen wird ausgeschlachtet, um damit die Rückständigkeit des Vereines zu beweisen. Nichts ist vollkommener, und man will anscheinend übersehen, daß es wohl schwerlich einem anderen Kaufmann möglich sein dürfte, in der Weise beim Barenkauf zu kreditieren, wie es auf genossenschaftlicher Grundlage geschehen kann. Gerade in Krisenzeiten wird man täglich erleben können, wie schon nach kurzer Zeit Warenkredite rüchstandslos eingetrieben werden, weil eben die genügende Siderung fehlt. Dem gegenüber mögen einmal die scharfen Kritiker das entgegenkommende Verhalten ihres Raiffeisen-Vereins stellen, dem das zukunftsstarke Fundament der unbefruchteten Haftung der Genossen eine unerlöschliche Kreditgrundlage gibt. Außerdem wird durch Angriffe in aller Öffentlichkeit, bei denen oft ohne nähere Prüfung jeder nur irgendwie billige Preis der Konkurrenz eine große Rolle spielt, das Ansehen und der Ruf der Genossenschaft geschädigt. Es ist ein Zeichen mangelnden Vertrauens zu der Institution, von der man andererseits das größte Vertrauen bei Erteilung von Krediten als etwas ganz Selbstverständliches für sich fordert. Wenn auch alle Angriffe an dem gut und folgerichtig durchdachten Raiffeisen-System nicht rütteln können, so erregen sie doch Unruhe und können im Augenblick viel Schaden anrichten, der letzten Endes doch nur wieder auf die Genossen zurückfällt. Dies sollte für alle eine ernste Mahnung zur Mäßigung sein; und die Überlegung sollte vorberühren, daß der Verein letzten Endes nur wahrhaft uneigennütigen Zielen dient.

Natürlich ist die Erteilung von Krediten durch den Spar- und Darlehnskassenverein an genau bestimmte Grenzen gebunden. Auch können unmäßig jahrelang immer denselben Genossen Kredite erteilt werden, bei denen wenig Bewegung auf dem Konto ist, so daß dieses schließlich gefährdet erscheinen muß. Es handelt sich ja bei der ganzen Aktion um genossenschaftliche Hilfe und nicht um Wohltätigkeit. Das ausgetiehene Geld, das Sparer eingelegt haben und für das sämtliche Genossen solidarisch haften, kann unmöglich als Fonds perdu gegeben werden. Das Genossenschaftsgesetz schreibt genau vor, nach welchen Grundsätzen und unter welchen Sicherungen Kredite nur gegeben werden dürfen (gesetzlicher Schuß der Spares). Für die Ausführung dieser Vorschriften haftet der Vorstand und dann auch der Aufsichtsrat mit dem ganzen eigenen Vermögen (Dienstamtwort für Vorstand und Aufsichtsrat). Der Genossenschaftsrat in Warszawa überprüft als staatliche Aufsichtsbehörde streng deren Befolgung. Bei wiederholten schweren Übertretungen droht dem Verein Auflösung. Dazwischen ist noch als vermittelndes Glied der Revisionsverband eingeschaltet.

Alle Mittel sind beschränkt und dem Verein fliegen in dieser geldknappen Zeit nicht unaufhörlich neue Spereinlagen zu. Sinau kommt, daß je mehr sich die Kreditnot verschärft wird, desto größer auch die Zähler dieser amannchen muß, die auch einmal genossenschaftliche Kredithilfe in Anspruch nehmen und nicht immer nur für andere mithaften wollen. Sie haben dazu ein unbestreitbares Recht! Der Vorstand hat demnach die Pflicht, hier vorzusorgen! Auch dieser Grund kann dafür ausschlaggebend sein, eine Erhöhung von Krediten nicht mehr vorzunehmen. Es ist ja äußerst schmerzhaft für jedes genossenschaftliche Gefühl, hart sein zu müssen; doch das große Ganze muß im Auge behalten werden. Der Verein darf unter genauer Beobachtung der statutarischen Vorschriften, wobei für die Verwaltungsorgane ein Handeln nach bestem Wissen und Gewissen eine oft entscheidende Rolle zu spielen hat, sich bei keinem landwirtschaftlichen Betrieb soweit festlegen, daß etwa die Zahlungsunfähigkeit der genossenschaftlichen Haftung eintreten muß. Auch die größten Reserven können sich einmal erschöpfen, wenn die Verluste zu groß werden; und der rüchstandslos durchgeführte geschäftliche Umgang zur Haftung kann eine große Anzahl von landwirtschaftlichen Betrieben, die sich sonst weiter behaupten würden, in Gefahr bringen.

Der äußerst erbitterte Wirtschaftskampf ist zu bestehen, wenn die Gedanken und Richtlinien Raiffeisens, die in seinem System verankert sind, voll erfasst und folgerichtig durchgeführt werden. Die Betonung der christlichen Nächstenliebe bringt dann die Gewähr dafür, daß nach äußerstem Vermögen, unter strengster Beachtung der Statuten und größtem Verantwortungsgefühl für die Gemeinschaft der Genossen, weiter geholfen werden wird. Allen kreditfuchenden Genossen sei aber zum Schluß jener Teil aus den Musterfahrungen des Generalverbandes der Raiffeisengenossenschaften zur Kenntnis gebracht, der klar das Wesen der Genossenschaft und die Grenzen ihrer Hilfe wiedergibt:

„Der Verein will weniger geschäftliche Gewinne erzielen, als vielmehr die wirtschaftlich Schwachen stärken.“

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Berichtigung im „Monitor Polki“ für den 7. November auf 5,9244 Zloty festgelegt.

Der Zinssatz der Bank Polki beträgt 6% der Lombardzins 7%.

Der Zinssatz am 5. November. Danzig: Ueberweisung 57,54 bis 57,66, bar 57,57—57,69. Berlin: Ueberweisung, große Scheine 46,975—47,375, Paris: Ueberweisung 285,00, Prag: Ueberweisung 377,30—379,30, Zürich: Ueberweisung 58,10, London: Ueberweisung 29,37.

Warschauer Börse vom 5. Novbr. Umsätze, Verkauf — Kauf, Belgien 124,20, 124,51 — 123,88, Belgrad —, Budapest —, Warschau 173,75, 174,18 — 173,32, Sefingfors —, Spanien —, Holland 358,95, 359,85 — 358,05, Japan —, Konstantinopel —, Ropenhagen —, London *) 29,52 — 29,22, Newyork 8,912, 8,932 — 8,892, Oslo —, Paris 35,05, 35,14 — 34,96, Prag 26,41, 26,47 — 26,35, Riga —, Sofia —, Stockholm —, Schweiz 172,00, 172,43 — 171,57, Tallin —, Wien —, Italien —.

*) London Umsätze 29,35—29,33.

Freihandelskurs der Reichsmark 211,80.

Zürcher Börse vom 5. November. (Amtlich.) Warschau 58,10, Paris 20,38, London 17,10%, Newyork 5,18%, Brüssel 72,20, Italien 26,56, Spanien 42,45, Amsterdam 208,67%, Berlin 123,05, Stockholm 90,00, Oslo 87,00, Ropenhagen 89,00, Sofia 3,74, Prag 15,37, Belgrad 7,05, Athen 3,00, Konstantinopel 2,46, Warschau 3,07%, Sefingfors 7,40, Buenos Aires 1,10, Japan 1,10.

Die Bank Polki zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,89 Zl., do. kl. Scheine 8,87 Zl., 1 Pfd. Sterling 29,15 Zl., 100 Schweizer Franken 171,32 Zl., 100 franz. Franken 34,91 Zl., 100 deutsche Mark 210,00 Zl., 100 Danziger Gulden 173,07 Zl., tschech. Krone —, Zl., Herr. Schilling —, Zl.

Aktienmarkt.

Pofener Börse vom 5. November. Es notierten: Sproz. Konvert.-Anleihe 4+, Sproz. Obligationen der Stadt Posen 1927 92+, Sproz. Dollarbriefe der Pofener Landschaft 56,50+, Sproz. Gold-Amortisations-Dollarbriefe der Pofener Landschaft 58,50 bis 59+, Sproz. Konvert.-Pfandbriefe der Pofener Landschaft 31,50 bis 31+, Sproz. Prämien-Dollaranleihe (Serie B) 48 G., Sproz. Roggenbriefe der Pofener Landschaft 10,50—10,75 G. Tendenz belebt. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Danziger Getreidebörse vom 5. November. (Nichtamtlich.) Weizen, 128 Pfd., 15,00, Roggen 9,25—9,60, Braugerste 10,25 bis 10,75, Futtergerste 9,00—9,50, Hafer 8,80—9,25, Vittoriaerbsen 15,00—16,00, grüne Erbsen 17,50—21,50, Roggenkleie 6,15, Weizenkleie 6,40 G., per 100 kg frei Danzig.

November-Lieferung.

Weizenmehl 4/0 25,00 G., 60%, Roggenmehl 16,25 G. per 100 kg frei Danzig.

Amtliche Notierungen der Pofener Getreidebörse vom 5. November.

Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise: Roggen 60 to : : : : : 15,25

Richtpreise:

Weizen	: : : : : 23,25—24,25	Sommerweide	: : : : : —
Roggen	: : : : : 14,80—15,00	Blaue Lupinen	: : : : : —
Mahlgerte 64—66 kg	: : : : : 13,50—14,00	Gelbe Lupinen	: : : : : —
Mahlgerte 68—69 kg	: : : : : 14,00—14,75	Raps	: : : : : 38,00—39,00
Braugerste	: : : : : 16,00—17,50	Fabrikartoffeln pro	: : : : : —
Hafer	: : : : : 14,25—14,50	Kilo %	: : : : : —
Roggenmehl (65%)	: : : : : 23,50—24,50	Senf	: : : : : 39,00—45,00
Weizenmehl (65%)	: : : : : 36,50—38,50	Blauer Moh'n	: : : : : 100,00—110,00
Weizenkleie	: : : : : 9,00—10,00	Roggenstroh, lose	: : : : : —
Weizenkleie (groß)	: : : : : 10,00—11,00	Roggenstroh, gepr.	: : : : : —
Roggenkleie	: : : : : 8,75—9,00	Heu, lose	: : : : : —
Winterrüben	: : : : : 35,00—40,00	Heu, gepreßt	: : : : : —
Beluschen	: : : : : —	Reheheu, lose	: : : : : —
Felberbsen	: : : : : —	Reheheu, gepr.	: : : : : —
Vittoriaerbsen	: : : : : 21,00—24,00	Sonnenblumen	: : : : : —
Folgererbsen	: : : : : 30,00—33,00	Kuchen 46—48%	: : : : : —

Gesamttenenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 75 to, Weizen 60 to, Vittoria-Erbsen 30 to, Raps 5 to.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Weizen, Braugerste, Mahlgerte, Hafer, Roggen- und Weizenmehl ruhig.

Berliner Produktenbericht vom 5. November. Getreide- und Sellaaten für 1000 R. ab Station in Goldmark: Weizen, märkt., 77—76 Rg., 197,00—199,00, Roggen märkt., 72—73 Rg., 156,00 bis 158,00, Braugerste 170,00—180,00, Futter- und Industrieernte 162,00—169,00, Hafer, märkt. 139,00—138,00, Mais —.

Für 100 Rg.: Weizenmehl 24,00—27,25, Roggenmehl 20,50—22,60, Weizenkleie 9,00—9,40, Roggenkleie 8,25—8,60, Raps —, Vittoriaerbsen 22,00—26,00, Rl. Sollenberben 20,00—23,00, Futtererbsen 14,00 bis 16,00, Beluschen —, Ackerbohnen —, Wicken —, Lupinen, blaue —, Lupinen, gelbe —, Serradella —, Reintuchen 10,10, Trockenmehl —, Soja-Extraktionschrot 10,20, Kartoffelflocken —.

Hamburg. Gef-Notierungen für Getreide und Mele vom 5. Novbr. (Breite in Sfl. per 100 kg cif Hamburg unverollt.) Weizen: Manitoba I per November 5,00, Manitoba II per November 4,87%, Rofa I per Januar-Februar 4,55, Barossa per Januar-Februar 4,50; Gerste: Donaugerste per November 3,80, Blatgerste per Januar-Februar 3,67%; Roggen: Plata per Januar-Februar 3,75; Mais: La Plata per November 3,45, Donau-Galfoz per November 3,35; Hafer: Wata Unclipped per Januar-Februar 3,57%, Wata Clipped per Januar-Februar 3,55; Weizenkleie: Pollards 3,30, Bran 3,30.

Biehmarkt.

v. Thorner Viehmarktpreise. Auf dem letzten Pferde-, Vieh- und Schweine-Gaupmarkt am 3. November d. J. waren aufgetrieben: 142 Pferde, 110 Stück Rindvieh, 62 Mastschweine, 20 Kälberschweine, 263 Ferkel. Es wurden folgende Preise notiert: Ältere Pferde 50—100, Arbeitspferde 170—300, gute Pferde 400—500 Zloty; ältere Kühe 80—120, Milchkühe 120—300 Zloty; Mastschweine pro 50 Kg. Lebendgewicht 40—45, Kälberschweine unter 35 Kg. 25—30, über 35 Kg. 30—40, Ferkel (Paar) 15—18 Zloty.

Materialienmarkt.

Bollnotierungen. Bromberg, 5. November. Großhandelspreise für 50 Kg. in Zloty: Ungereinigte Einheitswolle „Merino“ 1. Qual. 88—96, 2. Qual. 74—82, 3. Qual. 45. Tendenz ruhig.

Wir fordern Gerechtigkeit!

Rede des Abg. Jantowski vom Deutschen Parlamentarischen Klub zum Budgetvoranschlag, gehalten am 3. November 1932

Als der Sejm im März d. J. das Budget für das Jahr 1932/33 verabschiedete, hat es nicht an Stimmen in diesem hohen Haus gefehlt, welche die im Budget als Einnahmen geführten Summen als zu hoch und damit das ganze Budget als unreal bezeichneten. Die große Mehrheit dieses hohen Hauses achtet jedoch nicht auf die sachlichen Ausführungen und Begründungen der sogenannten Opposition. Ja, man ging noch weiter und bezeichnete die sachlichen Kritiker des Budgets als Schädlinge des Staates. Doch schon die ersten Monate des neuen Budgetjahres bewiesen mit aller Deutlichkeit, wie wenig durchführbar das beschlossene Budget war. Weitgehende Kürzungen mußten vorgenommen werden. Und noch jetzt ist alles im Ungewissen, welche weiteren Einschränkungen durchgeführt werden müssen, um die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen.

Heute ist dem hohen Haus das Budget für das Jahr 1933/34 zur Beratung vorgelegt. Aus den vorliegenden Ziffern ist jedoch wiederum ersichtlich, wie wenig in dem Voranschlag den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung getragen wird. Es wäre zu weitgehen, sich mit den einzelnen Positionen zu befassen. Diese Arbeit bleibt der Budgetkommission vorbehalten, welche eingehend dazu Stellung nehmen wird. Wir bewundern den Optimismus der Regierung. Glaubt man denn wirklich, die im Voranschlag angeführten Summen aus der Bürgererschaft herauszuholen?

Wird doch heute schon der letzte Steuergroschen von den Bürgern sozusagen herausgepreßt.

Ist es der Regierung, besonders dem Finanzminister, nicht bekannt, welche Schwierigkeiten bei der Steuereintreibung bestehen? Wie das letzte Betriebskapital der einzelnen Unternehmungen, Gewerbetreibenden und der Landwirtschaft nur zu Steuerzwecken hergegeben werden muß. Alle nur erdenklichen Mittel werden von den Steuerbehörden angewandt, um das Steuersoll zu erreichen. Dafür nur einige Beispiele:

Ein Geschäftsmann aus Pleß gibt seinen Umsatz für das Jahr 1931 den Steuerbehörden mit 40 000 Zloty an. Die Steuerbehörden lehnen jedoch diese Selbsteinschätzung ab und veranlagten ihn mit einem Umsatz von 245 000 Zloty. Also das Sechsfache der vom Steuerzahler angegebenen Umsatzsumme. Der erzielte Umsatz des betr. Steuerzahlers ist ganz genau festzustellen, da es sich um einen Fleischer handelt und er sämtliche Viehschlachtungen im Schlachthof in Pleß, der unter staatlicher Kontrolle steht, vornehmen läßt. Da dieser Geschäftsmann tatsächlich nicht in der Lage war, die durch die hohe Veranlagung bedingte Steuersumme zu zahlen, und der Einspruch bis heute unerledigt blieb, so ist sein Grundstück vom Finanzamt mit einer Zwangshypothek in Höhe von 20 000 Zloty belastet worden. Allerdings bekennst du der betr. Geschäftsmann zur deutschen Minderheit. Soll das etwa der Grund der hohen Steuerveranlagung sein?

Die Gasthausangestellten erhalten als Vergütung zehn Prozent Bedienungsgeld und freie Verpflegung. Es werden ihnen jedoch nur die Maßketten verabfolgt, die in ihre Arbeitszeit fallen. Bei der Steuereinschätzung rechnet das Finanzamt den Wert der freien Verpflegung mit 1400 bis 1800 Zloty jährlich. Auch diese Summe entspricht nicht den tatsächlich gewährten Verpflegungskosten. Denn den Gasthausangestellten in den Kaffeehäusern wird statt der Verpflegung eine monatliche Entschädigung in Höhe von nur 40 bis 50 Zloty gewährt. Die Versicherungsämter berechnen den Wert der Verpflegungskosten jährlich mit 480 bis 576 Zloty. Diese Summe müßte auch das Finanzamt als Grundlage für die Steuereinschätzung verwenden. Tatsächlich wird jedoch das Dreifache des eigentlichen Wertes für die Steuerveranlagung als Grundlage genommen. Das sind nur zwei Beispiele, aus denen hervorgeht, wie willkürlich die Steuerbehörden in der Eintreibung von Steuern vorgehen. Genau dasselbe sehen wir bei der Landwirtschaft, in der trotz der sinkenden Getreide- und Viehpreise und der Verschuldung die Steuern willkürlich immer höher gesetzt werden.

Im kommenden Budgetjahr wird die Steuerausbringung sich noch kritischer gestalten. Diesem und jenem Gewerbetreibenden, Kaufmann, Handwerker, Unternehmer und Landwirt war es vielleicht noch möglich, in diesem Jahre von seiner Substanz die Steuern zu erübrigen. Bei dem weitaus größten Teil der Steuerzahler ist es für die Zukunft unmöglich, weil dieselbe verbraucht ist. Die Gehälter und Löhne werden immer mehr herabgeleitet. Die Kaufkraft der großen Masse ist auf ein Minimum gesunken.

Von der Landwirtschaft wollen wir überhaupt nicht reden. Die Bodenkreditgesellschaft hat im Monat September 1200 landwirtschaftliche Betriebe zur Zwangsversteigerung beantragt. Weitere 1400 folgen im Frühjahr. Es ist bezeichnend, daß bei einem Teil der Betriebe es sich nur um ganz geringe Beträge, 200 bis 300 Zloty handelt. Aber auch diese geringe Amortisationsquote ist nicht aufzubringen. Große und kleine Wirtschaften stehen in Menge unter Zwangsaufsicht. So liegen doch die Verhältnisse im Lande. Wie will man denn von der so an Steuerkraft geschwächten Bevölkerung die im Voranschlag angeführten Beträge aufbringen?

Hofft die Regierung vielleicht auf eine Ankurbelung der Wirtschaft? Von welcher Seite soll die Ankurbelung kommen? Solange noch das politische Durcheinander in Europa herrscht, solange keine Klärung in der Abrüstungsfrage, deren positive Erledigung eine starke Herabsetzung der Ausgaben für unseren Staat bedeuten würde, erfolgt ist, und damit auch das Vertrauen unter den einzelnen Staaten wieder hergestellt wird, kann an eine wesentliche Belebung der Wirtschaft nicht gedacht werden. So weit sollten wir doch alle die Gesamtsituation überschauen können.

Unsere Wirtschaftskrise wurzelt vor allen Dingen im Mangel an Kapital. Dieses ist bezeichnend in Erscheinung getreten bei den sogenannten Russenaufträgen. Der Staat war nur in der Lage, die langfristigen russischen Wechsel zu garantieren, und das Geld kam von deutschen Banken. Dafür werden auch in der ober-schlesischen Industrie und überall in den Betrieben deutsche Arbeiter, An-

gestellte und Beamte zuerst auf die Straße geworfen. In diesen Tagen erklärte mir ein Betriebsleiter eines größeren Werkes in Oberschlesien, daß von diesem Werk Verhandlungen über Aufträge im Werte von mehreren Millionen Zloty geführt wurden. Rund 1000 Arbeitern wäre dadurch für zwei Jahre eine Beschäftigung gesichert. Aber der Lieferungsvertrag ist nicht zustande gekommen, weil das Werk selbst in Finanzschwierigkeiten befindet und polnische Banken 400 000 Zloty nicht sofort zur Verfügung stellen konnten.

Die Not hat überall im Lande alle Grenzen des Möglichen überschritten. Die Industrie, das Handwerk, der Kaufmannsstand und die Landwirtschaft brechen unter der Steuerlast zusammen. Ein Unternehmen nach dem anderen wird geschlossen und die Angestellten und Arbeiter werden der öffentlichen Wohlfahrt überliefert. Von der staatlichen Arbeitslosenfürsorge wird nur ein ganz geringer Prozentsatz betreut. Das Gros der Arbeitslosen ist auf Wohltätigkeit und Suppenküchen angewiesen. In ländlichen Gebieten ist der höchste Unterstützungssatz für eine 5 köpfige Familie mit 15 Zloty bemessen. Das macht pro Familienmitglied und Tag 10 Groschen aus. Davon soll sich nun die Familie ernähren, kleiden und eventuell noch Miete und Licht bezahlen. Gewiß werden auch Unterstützungen in Naturalien, wie Mehl und Kartoffeln gewährt. Aber auch diese Hilfe ändert nichts an der allgemeinen Notlage. In der gleichen Not befinden sich auch die Kurzarbeiter, welche monatlich nur 6 bis 10 Schichten verfahren, und deren Zahl geht auch in die Zehntausende. Die einzelnen Gemeinden sind heute nicht in der Lage, höhere Unterstützungssätze zu bewilligen. Denn auch die Einnahmen der Gemeinden und Städte vermindern sich durch den Tiefstand der wirtschaftlichen Unternehmungen. Die Zahl der Arbeitslosen ist in Wirklichkeit höher, als es die statistischen Ziffern angeben. In einzelne Gemeinden sind bis 70 Prozent der Bevölkerung arbeitslos. In der Hauptstadt der Wojewodschaft Schlesien, Kattowitz, wird ein Drittel der Einwohner durch die Wohlfahrt betreut. Wird der Staat den Gemeinden und Städten nicht nennenswerte Beihilfen zu den Wohlfahrtsausgaben gewähren, dann sind dieselben gezwungen, auch mit der Zahlung der an und für sich schon niedrigen Sätze aufzuhören.

Einzelne Behörden scheinen noch immer nicht den Ernst der Situation erkannt zu haben, denn anstatt in Verbindung mit der ganzen Bevölkerung die Folgen der Not zu lindern, werden ihre Handlungen von Parteiegoismus diktiert. In Oberschlesien haben wir einen Demobilisierungskommissar. Seine Tätigkeit besteht darin, die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu prüfen und nach Möglichkeit die Stilllegung von Betrieben sowie die Entlassung von Arbeitern und Angestellten zu verhindern. Als im August d. J. wiederum eine Grube stillgelegt werden sollte, erschien eine Delegation beim stellvertretenden Demobilisierungskommissar Herrn Seroka und ersuchte ihn, die Stilllegung der Grube nicht zu genehmigen. Daraufhin erwiderte Herr Seroka dieser Delegation, welche der Sanacja-Gewerkschaft angehörte: „Worum geht es euch? Der Garnerschaft ist doch

ein deutsch-kommunistisches Nest.

Eure Mitglieder werden auf anderen Schachtanlagen untergebracht, und damit ist die Geschichte erledigt.“ So handelt es sich um eine amtliche Stelle, die dazu berufen ist, Betriebswerkstätten aufrecht zu erhalten. Ohne sich um die Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu kümmern, ließ er sich lediglich von politischen Motiven leiten. So lange jede Frage nur politisch gesehen und beurteilt wird, muß die Wirtschaft zu kurz kommen und kann auf eine Besserung der Verhältnisse nicht gerechnet werden. Wenn die Regierung und ihre Behörden die Kräfte, welche sie auf die Unterdrückung der Minderheiten verbranchen, den Wirtschaftsfragen und der sozialen Not im Lande zuwenden würden, könnte so manches besser im Staate ausfallen.

Auch der Minderheitsangehörige ist ein Bürger des polnischen Staates und hat ein Recht zum Leben.

Ist es da wirtschaftlich gerecht, wenn die polnische Staatsbahn Entlassungen vornimmt, weil der Eisenbahnangestellte der Minderheit angehört und zu Hause in der Familie keine Muttersprache anwendet? Von der Eisenbahndirektion bzw. Bahameisterereien werden Anweisungen gegeben, Feststellungen über die politische Einstellung bestimmter Eisenbahnangestellter zu machen. Der Ortsführer oder ein Polizeibeamter stellen Fragen über die im Hause geführte Sprache, über die politische Parteizugehörigkeit, über den Schulbesuch der Kinder, wie bei den letzten Wahlen gestimmt wurde, welche Tageszeitung im Hause gehalten wird. Auf Grund dieser getroffenen Feststellungen sind eine ganze Anzahl von Eisenbahnangestellten, die sich zur deutschen Minderheit bekennen, entlassen worden. Darunter befinden sich Angestellte bis zu 27 Dienstjahren, die nun ohne jeglichen Pensionsanspruch ihre Stellung ausgeben mußten.

Glaubt die Regierung, der wirtschaftlichen Not des Landes dadurch steuern zu können, daß sie das private Minderheitenschulwesen droffelt und die staatlichen Minderheitsschulen schließt?

Daß sie fleißigen und tüchtigen Lehrern, die seit Jahren ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben, auf Grund der neuen minderheitseindlichen Schulgesetze die Loyalität und Moralität abspriicht, weil sie ihre Muttersprache gebrauchen, daß sie jede kulturelle Lebensäußerung und die Teilnahme an derselben als ein Verbrechen bewertet, daß auf diese Weise jede Lebensmöglichkeit und jede Lebensfreude unterdrückt und vernichtet wird?

Noch einige Worte über Oberschlesien. Am 10. Oktober d. J. sind 10 Jahre seit der feierlichen Eröffnung des schlesischen Sejms verfließen. Die Eröffnung vollzog der damalige Ministerpräsident Nowak. Er führte hierbei folgendes an:

„Ein freudiger und feierlicher Augenblick ist es, da die schlesische Bevölkerung sich ansieht, selbst über ihre Ange-

Bei beginnender Verkalkung der Blutgefäße führt der Gebrauch des natürlichen „Franz-Josef“-Bitternaglers zu regelmäßiger Stuhlentleerung und Herabsetzung des hohen Blutdruckes. (6855)

legenheiten in den Grenzen der Selbstverwaltung zu bestimmen. Die polnische Regierung gibt sich durchaus Rechenschaft über die ungeheuren Aufgaben, die durch den Anschluß dieses am meisten industrialisierten Gebietes auf ihre Schultern gelegt worden sind. Es handelt sich darum, der schlesischen Industrie große Entfaltung zu sichern und damit den vielen Tausenden von Arbeitern und ihren Familien möglichst günstige Lebens- und Daseinsbedingungen zu gewährleisten. Die Regierung der Republik wird nicht nachlassen in ihren Bemühungen, das wirtschaftliche Leben in Anpassung an die neuen Verhältnisse nicht nur auf dem bisherigen Stande zu erhalten, sondern ihm eine weitere glänzende Entwicklung zu sichern, zum Ruhm und Nutzen der polnischen Republik.“

Was ist von diesen schönen Worten über die Selbstverwaltung nach zehn Jahren verblieben? Eine der wichtigsten Aufgaben der schlesischen Selbstverwaltung war das Schulwesen. Zwangsweise hat man mit diesem neuen Schuljahre die neue Schulreform auch in Oberschlesien eingeführt, ohne den schlesischen Sejm zu befragen. Ein Gebiet nach dem anderen wird der Selbstverwaltung entzogen. Das vom Wojewodschaftsrat im Einverständnis des Innenministeriums vorgelegte organische Statut nimmt dem schlesischen Sejm die letzten Rechte der Selbstverwaltung. Was ist geschehen, um das wirtschaftliche Leben der ober-schlesischen Bevölkerung zu sichern und für eine weitere glänzende Entwicklung Sorge zu tragen. Mit Recht können wir feststellen, daß die Bevölkerung Oberschlesiens nach dieser Richtung hin sehr viele Klagen zu führen hat. Führen wir nur als Beispiel an die Zahl der Arbeitslosen. In ganz Polen wird die Zahl der Arbeitslosen mit rund 144 000 amtlich geführt. Oberschlesien zählt davon 72 000, gleich 50 Prozent der Arbeitslosenziffer von ganz Polen. Die Republik Polen zählt 32 Millionen, Oberschlesien rund 1 100 000 Einwohner. Demnach hat das Gebiet von 1 100 000 Einwohnern eine ebenso große Arbeitslosenziffer wie das große Gebiet mit rund 31 Millionen Einwohnern. Soll etwa in dieser Zahl die besondere Fürsorge des Staates für Oberschlesien zum Ausdruck kommen?

Wenn ich hier die Einzelheiten über die allgemeinen Verhältnisse anführe, so soll es keine leere Kritik sein. Wir wissen, daß es in allen europäischen Staaten und auch darüber hinaus wirtschaftlich nicht günstig steht. Wir sind bereit, den Teil der Opfer zu tragen, welcher gerechterweise der deutschen Minderheit zufällt.

Aber wir können nicht tatenlos und ohne Protest zuschauen, wie neben den allgemeinen Lasten den Bürgern, die sich zur deutschen Minderheit bekennen, noch besondere Schwierigkeiten in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung in den Weg gelegt werden.

Gerechtigkeit fordern wir von der Regierung und vor allen Dingen von den ihr unterstellten behördlichen Instanzen.

Solange die von der Regierung und ihren Behörden angewendeten innerstaatlichen Methoden nicht eine grundlegende Änderung erfahren, solange das Budget nicht den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt ist, kann die Regierung ein Vertrauen von uns nicht erwarten.

Juristische Rundschau.

Das alte und das neue Vereinsrecht.

Wie wir bereits vor einigen Tagen berichtet haben, ist im „Dziennik Ustaw“ Nr. 94, Pos. 808, eine Verordnung des Staatspräsidenten erschienen, wodurch das bisher gültige Vereinsrecht aufgehoben und an seine Stelle ein neues gesetzt wird, das am 1. Januar 1933 in Kraft treten soll. Der nationaldemokratische „Kurjer Poznański“ unterzieht das neue Recht nach Form und Inhalt einer sachlichen Kritik, der wir folgende Ausführungen entnehmen:

„Nach der Veröffentlichung des neuen Gesetzes über die Vereinigungen, das seit dem 7. Juni dieses Jahres in Kraft ist, war es klar, daß auch der gegenwärtige Rechtszustand auf dem Gebiete der Vereine einer Umbildung unterliegen werde. Die Beschränkung der bürgerlichen Rechte, die sich im Vergleich mit der vorher bei uns gültigen liberalen Gesetzgebung in dem Gesetz über die Versammlungen vom 11. März 1932 zeigte, hat eine analoge Verringerung der bürgerlichen Rechte auf dem Vereinsgebiete zur Folge.“

Die Regelung des Vereinsrechts durch eine Verordnung des Staatspräsidenten und nicht durch ein Selbste Gesetz ist ungewöhnlich; denn normaler Weise vermeidet man, soweit dies möglich ist, eine Regelung der Grundrechte der Bürger, wozu natürlich auch das Vereinsrecht gehört, durch Dekrete, damit die Bevölkerung ihre Ansichten über diese Fragen, welche die Lebensinteressen breiter Kreise betreffen, sei es im Parlament, sei es durch juristische Sachverständige oder durch die Presse usw. zum Ausdruck bringen kann. Die Regelung bürgerlicher Grundrechte durch Dekret erschwert die Auslegung des staatlichen Rechtes und macht sie häufig sogar unmöglich infolge des Fehlens bestimmter Daten, die auf den Willen des Gesetzgebers hinweisen, und die in der Regel bei den Verhandlungen in den Kommissionen und im Plenum der gesetzgebenden Körperschaften, ferner in Erklärungen der Regierungsvertreter bei diesen Verhandlungen und in der Begründung der Gesetzentwürfe zu Tage treten. Bei der Interpretation der Bestimmungen des Vereinsrechts, die zahlreiche Zweifel wecken, kann sich die Verwaltungsjustiz außer an den Text des Gesetzes nur noch an eventuelle Kommentare von Personen halten, die das Projekt ausgearbeitet haben.

Um sich klar zu machen, wie weit die Veränderungen gehen, die in den Westgebieten durch das neue Vereinsgesetz geschaffen werden, muß daran erinnert werden, daß bis jetzt bei uns volle grundsätzliche Vereinsfreiheit besteht, und zwar in der Weise, daß bezüglich gewöhnlicher Vereine das Vereinsgesetz vom 19. April 1908 nur eine konkrete Bestimmung enthält, nämlich, daß der Ortspolizeibehörde das Recht zusteht, einen Verein aufzulösen, dessen Zweck mit den Strafgesetzen im Widerspruch steht. Nur für die politischen Vereine besteht die Verpflichtung, ein Statut und einen Vorstand zu haben, das Statut und die Listen der Mitglieder des Vorstandes der Ortspolizeibehörde vorzulegen, sowie die Bestimmung, daß zu politischen Vereinen nicht gehören kann, wer das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.

Dies und nichts mehr bestimmt das deutsche Gesetz über die Vereine und überläßt die Regelung der privatrechtlichen Verhältnisse der Vereine noch den Vorschriften des Zivilrechts.

Das neue Recht über die Vereine regelt die Vereinsfragen sowohl auf dem Gebiete des öffentlichen wie auch des Privatrechts und hebt gleichzeitig alle Bestimmungen des deutschen Vereinsrechts und die entsprechenden Bestimmungen des Zivilrechts auf. Die radikale Änderung der Auffassung auf dem Gebiete der bis jetzt gültigen Vorschriften über die Vereine, mit denen wir ein Vierteljahrhundert lebten, macht es zur Pflicht, sich mit den neuen Rechtsbestimmungen bekannt zu machen.“

(Wir werden demnächst die außerordentlich einschneidenden Bestimmungen der neuen Verordnung des Staatspräsidenten über das Vereinsrecht zur Veröffentlichung bringen. — D. N.)